

JAHRESBERICHT 2011 UND 2012



Finance Watch

Für eine Finanzindustrie,
die der Gesellschaft dient

INHALT

ÜBER FINANCE WATCH

- S. 2 Vorwort der
Vorstandsvorsitzenden von
Finance Watch
- S. 3 Interview mit dem
Generalsekretär
- S. 4 Gesellschaftlicher Auftrag
und Grundsätze
- S. 6 Governance
- S. 8 Mitglieder und Mitgliedschaft
- S. 10 Sekretariat
- S. 12 Fundraising
- S. 13 Vision von Finance Watch
- S. 14 Brüssel und Lobbying
- S. 15 Aktive Lobbyarbeit am
Beispiel „CRD IV“
- S. 16 Vom Grünbuch zum Gesetz
- S. 18 Wie Finance Watch arbeitet
- S. 18 Wie wir Themen auswählen

THEMEN

- S. 21 Themenübersicht
- S. 22 CRD IV
- S. 24 Liikanen / Bankenstruktur
- S. 26 Bankenunion
- S. 27 Schattenbanken
- S. 28 MiFID II
- S. 30 Benchmarks
- S. 31 Leerverkäufe
- S. 32 PRIIPs (Anlageprodukte für
Kleinanleger)
- S. 33 OGAW V und Überarbeitung
der OGAW-Vorschriften
- S. 34 Ratingagenturen („CRA III“)
- S. 35 Langfristige Finanzierung
- S. 36 Sonstige Initiativen

TÄTIGKEITSBERICHT

- S. 40 Finanzbericht
- S. 42 Public Affairs
- S. 43 Veranstaltungen
- S. 44 Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
- S. 46 Publikationen
- S. 48 Ziele für 2013
- S. 49 Glossar und Abkürzungen



Finance Watch wurde im Juni 2011 gegründet. Der vorliegende erste Jahresbericht umfasst einen Zeitraum von 18 Monaten seit der Gründungsmitgliederversammlung am 30. Juni 2011 bis zum Jahresende 2012.



Finance Watch

Für eine Finanzindustrie, die der Gesellschaft dient

Finance Watch ist ein unabhängiger, gemeinnütziger Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, das Finanzgewerbe zum Wohle der Gesellschaft zu beeinflussen. Die Verbesserung der EU-Finanzregulierung ist sein Hauptanliegen.

Warum gibt es Finance Watch?

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Finanzwelt sich nicht selbst kontrollieren kann und Politikern die notwendigen Instrumente fehlen, um sich gegen die mächtige Finanzlobby zu stemmen. Damit die Regulierung des Finanzsektors der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereicht, ist eine bessere Balance zwischen privaten und öffentlichen Interessen notwendig.

Die Mission von Finance Watch ist es,

- bei der Reform der Finanzregulierung die Stimme der Gesellschaft zu stärken,
- als Bürgeranwalt den finanzpolitischen Entscheidungsträgern das Gemeinwohlinteresse nahezubringen und es öffentlich zu vertreten,
- als Gegengewicht zur Lobby des Finanzgewerbes und seiner privaten Interessen zu wirken.

Wir setzen uns ein...

- für ein Finanzsystem, das Kapital für produktive Zwecke transparent und nachhaltig bereitstellt, ohne dass dies zu Lasten der Gesamtgesellschaft geht.

Vorwort des Vorstands

leke van den Burg

leke van den Burg ist Mitglied des Wissenschaftsausschusses des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken. Sie war von 1999 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) und gehörte dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments an.



Finance Watch liefert detaillierte, von privat-

wirtschaftlichen Interessen unabhängige

Fachkenntnisse und arbeitet auf Tuchfühlung mit der Zivilgesellschaft.

A

Is ich mich als Mitglied des Europäischen Parlaments mit Finanzmarktregulierung befasste, konnten wir nur auf sehr wenig Expertenwissen von außerhalb des Finanzgewerbes zurückgreifen. Ich begegnete einer erstaunlich hohen Zahl von Finanzlobbyisten, die alle über beeindruckendes Know-how verfügten, doch ihre Analysen waren natürlich aufgrund der privaten Unternehmensinteressen, die sie vertraten, nicht objektiv. Aus all diesen Informationen das allgemeine öffentliche Interesse herauszufiltern war keine leichte Aufgabe.

Nun steht uns Finance Watch zur Verfügung. Ich bin sehr stolz darauf und fühle mich geehrt, als Vorstandsvorsitzende mitzuwirken und nach meinem Ausscheiden als Europaabgeordnete beim Aufbau von Finance Watch mitgeholfen zu haben.

Finance Watch bietet genau das, was uns während der Phase der drastischen Deregulierung vor der Finanzkrise gefehlt hat: detailliertes Fachwissen frei von privatwirtschaftlichen Interessen sowie die Tuchfühlung mit der Zivilgesellschaft und normalen Bürgern, die Finanzdienstleistungen nutzen und in diesem Bereich arbeiten.

Unser Verein verfügt über ein breites Spektrum an Mitgliedern. Darunter befinden sich u.a. europäische und nationale Verbraucherverbände, Gewerkschaften, soziale Wohnungsverbände, Umweltgruppen und Entwicklungsorganisationen sowie NRO, die Korruption und Steuerflucht bekämpfen – alle vereint das Ziel, die Finanzindustrie wieder in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Unterstützt wird Finance Watch durch qualifizierte Einzelpersonen, u.a. namhafte Wissenschaftler und ehemalige Finanzprofis, von denen manche ihre einstige Berufspraxis mit kritischeren Augen betrachten!

Dem derzeitigen Team von Finance Watch, das aus 13 Mitarbeiter/innen besteht, gehören ehemalige Trader, Banker und Lobbyisten an, die über ein enormes akademisches und praktisches Wissen verfügen.

Diese Kombination aus verschiedener beruflicher Herkunft und breitem Erfahrungsschatz ist es, was Finance Watch stark macht und von anderen NRO, Think Tanks oder Kampagnen-Plattformen unterscheidet.

Im Vorstand, der auf der ersten Mitgliederversammlung am 30. Juni 2011 gewählt wurde, spiegeln sich diese verschiedenen Hintergründe ebenfalls wider. Wir sind uns der Herausforderungen, die diese besondere Mission mit sich bringt, voll und ganz bewusst.

Die Reform der Finanzregulierung im Gemeinwohlinteresse wird Jahre dauern, zumal die Herausforderung enorm ist, wie die Krise und die Rezession gezeigt haben. Die Vertreter privater Interessen werden ihren Kampf fortsetzen und ihre Standpunkte durch den Einsatz entsprechender finanzieller Mittel verteidigen. Die größte Herausforderung liegt darin, sich auf Dauer als deren Gegenstimme etablieren zu können, und das gelingt nur, wenn die Finanzierung langfristig gesichert wird. Ich wende mich daher mit einem Appell an alle Leserinnen und Leser dieses Berichts: Werden Sie ein Freund und Förderer von Finance Watch!

Zusammen mit meinen Vorstandskollegen, dem Generalsekretär und seinem hervorragenden Team bin ich stolz darauf, diesen ersten Jahresbericht vorstellen zu können, der die faszinierenden ersten eineinhalb Jahre von Finance Watch Revue passieren lässt.

Mit den besten Wünschen
leke van den Burg
Im Namen des Vorstands

Interview mit . . .

Thierry Philipponnat

Generalsekretär

Thierry Philipponnat wurde am 30. Juni 2011 zum Generalsekretär von Finance Watch ernannt. Zuvor war er Vorstandsmitglied bei Amnesty International in Frankreich und davor über 20 Jahre lang als Investmentbanker tätig.

Warum braucht die Öffentlichkeit ein Sprachrohr beim Thema Finanzregulierung?

Thierry Philipponnat > In Finanzfragen spürt die Öffentlichkeit, dass etwas Großes auf dem Spiel steht; nennen wir es das Gemeinwohlinteresse. Finanzregulierung ist jedoch ein sehr technisches Thema. Um Lobbyarbeit zu betreiben, muss man von Anfang an wissen, dass man für diesen Job geeignet ist. Finance Watch kann Reformvorhaben unter gemeinnützigen Gesichtspunkten analysieren und die Dinge beim Namen nennen; wenn also „der Kaiser nackt ist“, ist es unsere Aufgabe, dies auch laut zu sagen.

Was ist das Besondere an Finance Watch?

T. P. > Vor allen Dingen ist Finance Watch eine Mitgliederorganisation. Dies ist ein wirklich wichtiger Punkt: Die Mitglieder und das Personal arbeiten eng zusammen, was beiden zugutekommt. Ich kann spüren, dass da etwas im Gang ist; die Leute sind überzeugt von dem, was sie tun, und wir stellen mit großer Genugtuung fest, dass die Chemie stimmt. Der zweite Punkt ist, dass das Team aus der Finanzwelt kommt. Früher haben wir uns jeweils mit unterschiedlichsten Themen beschäftigt: Kreditvergabe, Produktgestaltung, Derivatehandel, Infrastruktur, Kapitalmärkte, Kommunikation und Finanzlobbying, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir verfügen also über das gleiche Fachwissen wie unser Gegenüber.

Warum ist Finanzregulierung wichtig?

T. P. > Ich bin überzeugt davon, dass eine starke Zivilgesellschaft der Schlüssel ist, um für unsere Zukunft Sorge zu tragen, das heißt für das, was nach dem nächsten Konjunkturzyklus oder der nächsten Wahl kommt. Wenn wir diese Welt nachhaltig gestalten und die wirklich großen Themen in Angriff nehmen wollen, dann müssen wir mit der Finanzregulierung anfangen. Das ist das Fundament des Gebäudes.

Was verstehen Sie unter „Gemeinwohlinteresse“?

T. P. > Das könnte man in umfangreichen Theorien erörtern, oder aber ganz kurz: Man erkennt es, wenn etwas schief läuft. Wenn etwas nur einer sehr kleinen Zahl von Akteuren zugute kommt, aber nicht die Wirtschaft stützt und sogar die Gesellschaft gefährdet, dann ist einem klar, dass das nicht im Gemeinwohlinteresse liegen kann.

Welche Reaktionen gab es auf Finance Watch?

T. P. > Wir haben überwältigenden Zuspruch erhalten. In vielen Ländern gab es große öffentliche Unterstützung. Politische Entscheidungsträger waren uns gegenüber nicht nur aufgeschlossen, sondern sie haben unsere Existenz ausdrücklich gewünscht. Sogar das Finanzgewerbe ist sich darüber im Klaren, dass wir einen Dialog auf Augenhöhe brauchen, um wirklich voranzukommen – abseits von Banken-Schelte und Populismus.

Wie kann man die Arbeit von Finance Watch unterstützen?

T. P. > Man kann sich als ein Freund von Finance Watch registrieren lassen und erhält damit unseren kostenlosen Newsletter. Oder man engagiert sich darüber hinaus als Mitglied: Durch jeden, der unsere Arbeit unterstützt, gewinnen wir an Einfluss in der Debatte. Spenden sind genauso wichtig. Eine Vielzahl kleiner Spenden ist die beste Finanzierungsmöglichkeit für eine Organisation wie die unsrige, da dies zeigt, dass sich die Menschen für die Finanzregulierung und ihre Auswirkungen auf das Alltagsleben interessieren.



Wenn wir diese Welt nachhaltig gestalten und die wirklich großen Themen in Angriff nehmen wollen, dann müssen wir mit der Finanzregulierung anfangen.



GESCHICHTE

UNTER EU-ABGEORDNETEN WUCHS DIE BESORGNIS, DASS UNAUSGEWOGENES LOBBYING ZU UNDEMOKRATISCHEN ERGEBNISSEN FÜHREN KÖNNTE

Im Sommer 2010 sah sich eine Gruppe von EU-Abgeordneten, die seit der Finanzkrise 2007 zunehmend mit technischen Gesetzen zur Regulierung der Finanzmärkte befasst waren, einer regelrechten Flut an Kontaktanfragen von Vertretern der Finanzindustrie gegenüber.

Innerhalb dieser Gruppe von 22 Abgeordneten wuchs die Sorge, dass Reformvorhaben zur Regulierung des Finanzwesens in undemokratischen Ergebnissen enden könnten, wenn die Reformvorschläge auf ihrem Weg hin zur Gesetzeskraft von unausgewogenen Lobbys abgeändert bzw. abgeschwächt werden. Aus diesem Grund riefen sie im Juli

2010 parteiübergreifend dazu auf, ein Gegengewicht ins Leben zu rufen. Dieser Aufruf sollte als der „Call for a finance watch“ bekannt werden.

Diese Petition fand hohen Anklang und Unterstützung in Brüssel und darüber hinaus. In den darauf folgenden fünf Monaten unterzeichneten fast 200 EU-Abgeordnete und nationale Parlamentarier aus einer Vielzahl verschiedener Parteien und EU-Mitgliedstaaten den Aufruf.

Im Dezember 2010 finanzierten einige der beteiligten Europaabgeordneten eine sechsmonatige Untersuchung, um festzustellen, ob ein neues, unabhängiges Organ geschaffen werden kann,

das die Stimme der Gesellschaft bei der Reformierung der Finanzmärkte vertritt. In über 120 Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft und anderen Organisationen wurden schließlich konkrete Vorschläge für die Gründung von Finance Watch erarbeitet.

Am 28. April 2011 wurde Finance Watch als Association Internationale Sans But Lucratif – AISBL (Internationale Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht – IVoG) nach belgischem Recht eingetragen. Am 30. Juni 2011 fand in Brüssel die Gründungsmitgliederversammlung statt, um die Satzung der AISBL zu verabschieden und den Vorstand zu wählen, der den Generalsekretär ernannte.

MISSION UND GRUNDSÄTZE



GOVERNANCE

RÜCKBLICK

2010

Juni 2010

22 EU-Abgeordnete starten den Aufruf „Call for a finance watch“

November 2010

Aufruf wird von 189 EU-Abgeordneten und nationalen Politikern unterzeichnet

Dezember 2010

Beginn der Projektphase für die Gründung von Finance Watch

2011

28. April 2011

Finance Watch wird als AISBL eingetragen

30. Juni 2011

Gründungsmitgliederversammlung, Brüssel

August 2011

„Virtuelle“ Mitgliederversammlung verabschiedet Budget 2011/2012

September 2011

Erste Teammitglieder nehmen ihre Arbeit auf; Bezug der Büros am Square de Meeüs in Brüssel

10. November 2011

Mitgliederversammlung genehmigt das Arbeitsprogramm 2012 und ernennt den Ausschuss für Transparenz und Unabhängigkeit

2012

19.-20. November 2012

Mitgliederversammlung genehmigt externen Auditor und Arbeitsprogramm für 2013

2013

19. April 2013

Mitgliederversammlung genehmigt Finanzbericht 2011 und 2012 und den Strategieplan

UNSER GESELLSCHAFTLICHER AUFTRAG ist es, bei der Reform der Finanzregulierung die Stimme der Gesellschaft zu stärken. Dies tun wir, indem wir als Bürgeranwalt und damit als Gegengewicht zur Lobby der Finanzindustrie und ihrer privaten Interessen dem Gesetzgeber das Gemeinwohlinteresse nahebringen und es öffentlich vertreten.

FINANCE WATCH ARBEITET NACH DEN FOLGENDEN GRUNDSÄTZEN:

- Die Finanzindustrie spielt eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Kapital, im Risikomanagement und als Anbieter von Finanzdienstleistungen. Dies hat starke Auswirkungen auf das gesellschaftliche Gemeinwohl.
- Die wesentliche Aufgabe des Finanzsystems liegt in der transparenten und nachhaltigen Bereitstellung von Kapital für produktive Zwecke.
- Das Finanzwesen hat gegenüber der Realwirtschaft eine dienende Funktion. Eine Lage, in der die Wirtschaft dem Finanzwesen untergeordnet ist, ist nicht hinnehmbar, da dies erhebliche Schäden innerhalb ökonomischer und sozialer Strukturen hinterlässt.
- Rentabilität ist zugleich eine legitime Zielsetzung und Voraussetzung für die Nachhaltigkeit von Finanzinstitutionen; das Gewinnstreben darf jedoch nicht zum Nachteil des Gemeinwohls ausfallen.
- Ein Transfer von Kreditrisiken auf die Gesamtgesellschaft ist nicht akzeptabel.
- Das übergeordnete Ziel von Finance Watch ist eine ökonomische Gesellschaftsorganisation, in der die Bedürfnisse der Realwirtschaft nach Zugang zu Kapital und Finanzdienstleistungen auf nachhaltige, ausgewogene und transparente Weise erfüllt werden.

VORSTAND

ZUSAMMENSETZUNG

2011-2014



Ieke van den Burg (Niederländerin), Mitglied des Wissenschaftsausschusses des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken, ehem. Mitglied des EU-Parlaments (Vorsitzende)



Friends of the Earth Europe (FoEE), vertreten durch **Paul de Clerck** (Niederländer), Koordinator des Programms für wirtschaftliche Gerechtigkeit



Europäischer Verbraucher-verband (BEUC), vertreten durch **Monique Goyens** (Belgierin), Generaldirektorin des BEUC (stellvertretende Vorsitzende)



Transparency International EU Office, vertreten durch **Jacques Terray** (Franzose), Vizepräsident von TI Frankreich und Mitglied des Vorstands von TI International



Europäischer Gewerkschaftsbund (ETUC), vertreten durch **Andreas Botsch** (Deutscher), Sonderberater des Europäischen Gewerkschaftsbundes (Schatzmeister)



Philippe Loumeau (Franzose), unabhängiger Berater, ehem. Chief Operating Officer der Effektenbörse Montreal und ehem. Vorstandsmitglied der Optionsbörse Boston

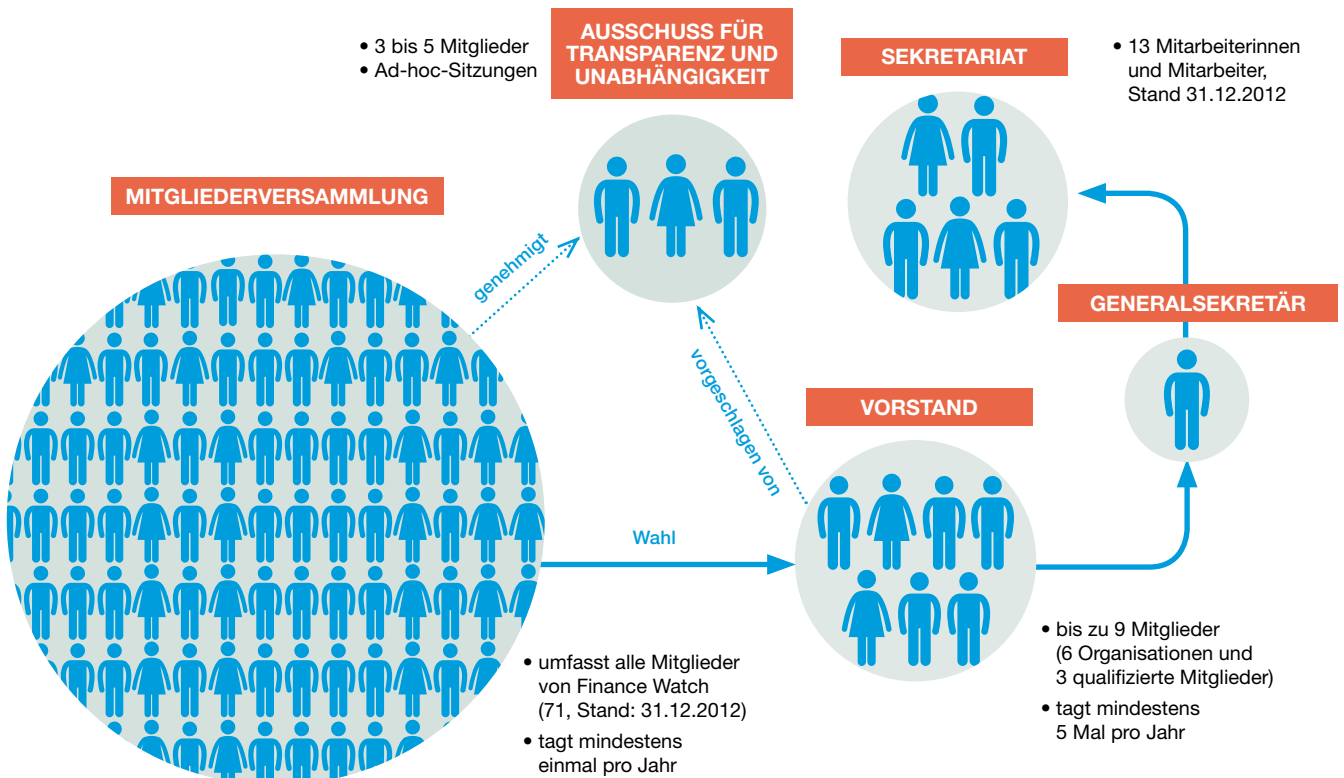


UNI Europa, vertreten durch **Oliver Roethig** (Deutscher), Regionalsekretär UNI Europa



Wolfgang Köhler (Deutscher), freiberuflicher Journalist und Autor, ehem. Wirtschafts- und Finanzredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ und ehem. Finanzredakteur der „Wirtschaftswoche“

Dem Vorstand gehören derzeit acht Mitglieder an, nachdem EuroInvestors Managing Director Guillaume Prache vom Vorstand zurückgetreten ist. Der Vorstand wird 2013 ein neues Vorstandsmitglied ernennen.



GOVERNANCE

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die Mitgliederversammlung ist das höchste Kontrollorgan von Finance Watch und schließt alle Mitglieder mit ein. Sie findet mindestens einmal im Jahr statt, um u.a. die Arbeitsschwerpunkte zu bestimmen, Budget und Jahresabschlüsse zu genehmigen, den Vorstand zu wählen und um Mitglieder des Ausschusses für Transparenz und Unabhängigkeit zu bestätigen.

VORSTAND

Der Vorstand besteht aus bis zu neun Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden, darunter maximal sechs Vertreter von Mitgliedsorganisationen und höchstens drei qualifizierte Einzelpersonen. Die Vorstandsmitglieder werden für drei Jahre gewählt und sind einmal wiederwählbar. Der derzeitige Vorstand wurde am 30. Juni 2011 gewählt und wird bis zum Jahr 2014 amtierend. Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig.

Der Generalsekretär nimmt an den Sitzungen des Vorstands teil, um dessen Beschlüsse mit dem Sekretariat zu koordinieren, ist aber bei Vorstandsbeschlüssen nicht stimmberechtigt. Der Betriebsleiterin von Finance Watch obliegen die Sekretariatsaufgaben.

Bis Ende Dezember 2012 tagte der Vorstand 14 Mal, u.a. im Juli 2012 anlässlich einer zweitägigen Klausur, bei der die bisherige Arbeit beurteilt wurde und aus den Erfahrungen des ersten Jahres Lehren gezogen wurden.

Finance Watch ist zu Transparenz, Unabhängigkeit und einer verantwortungsvollen Organisationsführung verpflichtet. Die Organisation wurde unter Berücksichtigung dieser Werte gestaltet und sieht eine klare Trennung von Verantwortlichkeiten vor.

AUSSCHUSS FÜR TRANSPARENZ UND UNABHÄNGIGKEIT (CTI)

Der Ausschuss für Transparenz und Unabhängigkeit besteht aus drei bis fünf Mitgliedern, die vom Vorstand vorgeschlagen und von der Mitgliederversammlung für drei Jahre bestätigt werden. Sie können einmal wiedergewählt werden. Keines der derzeitigen Ausschussmitglieder ist Mitglied von Finance Watch. Alle Bewerbungen neuer, potenzieller Mitglieder und sämtliche Spenden und andere Mittelzuflüsse ab einer Höhe von 10.000 EUR müssen von dem Ausschuss geprüft und genehmigt werden. Er ist das verantwortliche Organ zur Sicherstellung der Unabhängigkeit von Finance Watch und für die Vermeidung von Interessenkonflikten hinsichtlich Mit-

gliedschaft und Finanzierung. Mitglieder des Ausschusses sind ehrenamtlich tätig und erhalten für ihre Leistungen kein Entgelt.

Der Ausschuss wurde von der Mitgliederversammlung im November 2011 für den Zeitraum 2011-2014 ernannt und seine Zusammensetzung wurde während der Mitgliederversammlung im November 2012 einmal geändert.

GENERALSEKRETÄR

Der Generalsekretär wird vom Vorstand für fünf Jahre ernannt und darf einmal wiedergewählt werden. Er erstattet dem Vorstand Bericht und kann von diesem seines Amtes enthoben werden. Der Generalsekretär trägt die Verantwortung für Mitarbeiter, Strategie, täglichen Geschäftsbetrieb und Arbeitsergebnisse von Finance Watch.

AUSSCHUSS FÜR TRANSPARENZ UND UNABHÄNGIGKEIT

ZUSAMMENSETZUNG für 2011-2014



Michael Wiehen (Deutscher) arbeitet seit 1995 für Transparency International (TI) und war zuvor bei der Weltbank und der Dresdner Bank in Frankfurt tätig (Vorsitzender).



William Dinan (Ire) lehrt an der Universität Strathclyde und ist Experte für Lobbyarbeit und Governance. Er ist Mitglied des Lenkungs Ausschusses von ALTER-EU, der europäischen NRO „Allianz für Lobbyismustransparenz und Ethikregeln“.



Anne-Catherine Husson-Traore (Französin), Generaldirektorin von Novethic, einem Forschungszentrum für die Soziale Verantwortung von Unternehmen. Sie sitzt im Vorstand von TI France und ist Mitglied des Ethik Ausschusses des Investmentfonds „Liberté et solidarité“.

“ Innerhalb von weniger als zwei Jahren konnten wir die Entwicklung von Finance Watch von einem Start-up zu einer professionellen Expertenorganisation beobachten, die sich konstruktiv in eine Debatte einschaltet, die uns alle angeht. ”

Rogier van der Weerd, Programmdirektor, Adessium Foundation

MITGLIEDS-ORGANISATIONEN

Stand: 31. Dez. 2012

LISTE

BELGIEN/EU

- Austrian Federal Chamber of Labour - Brussels Office
- Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC)
- CECODHAS Housing Europe
- Centrale Nationale des Employés (CNE)
- European Trade Union Confederation (ETUC)
- Friends of the Earth Europe
- Oxfam International
- Réseau Financement Alternatif
- Rosa Luxemburg Foundation, Brussels Office
- Solidar
- Transparency International - EU Office (TI-EU)
- UNI Europa

DEUTSCHLAND

- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Foodwatch
- Heinrich-Böll-Stiftung
- ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft)
- vzbv (Verbraucherzentrale Bundesverband)
- Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)

FRANKREICH

- Attac France
- CCFD-Terre Solidaire
- Confédération Générale du Travail (CGT)
- Fédération CFDT des Banques et Assurances
- Fédération Européenne des Cadres des Établissements de Crédit (FECEC)
- Fédération nationale de la finance et de la banque (FFB CFE-CGC)

- FIDH
- Institut pour le Développement de l'information économique et sociale (IDIES)
- Institut Veblen pour les réformes économiques
- Secours Catholique-réseau mondial Caritas
- UNSA Banques et Assurances

ITALIEN

- Fondazione Culturale Responsabilita Etica

NIEDERLANDE

- Stichting Onderzoek Multinationale Ondernemingen (SOMO)

NORWEGEN

- Norwegian Confederation of Trade Unions

ÖSTERREICH

- Ecosocial Forum Europe

SCHWEDEN

- Nordic Financial Unions (NFU)

SCHWEIZ

- Observatoire de la Finance

SPANIEN

- Fundacio Seira

USA

- Revenue Watch

VEREINIGTES KÖNIGREICH

- Centre for Banking, Finance and Sustainable Development, University of Southampton
- ShareAction
- new economics foundation (nef)
- TUC/Unite
- World Development Movement

QUALIFIZIERTE EINZELMITGLIEDER

Stand: 31. Dez. 2012

LISTE

BELGIEN

AYADI Rym

DEUTSCHLAND

FRIEDERICHS Karl
KÖHLER Wolfgang
LENZ Rainer
MARTIN Pablo
NITSCH Manfred
REINERS Suleika
SCHUMANN Harald
SCHWABE Hans-Joachim

FRANKREICH

CHAVAGNEUX Christian
COLIN Gregori
CRINETZ Michel

GEIGER Rainer
KLEINKNECHT Patrick
LAGER Philippe
LIGER-BELAIR Philippe
LOUMEAU Philippe
MONNET François-Marie
PERRUT Dominique
REVALIER Pierre
SCIALOM Laurence

NIEDERLANDE

VAN DEN BURG Ieke

SCHWEDEN

KELLERMAN Christian

SCHWEIZ

BOHR Bärbel
CHESNEY Marc
SANTI Michel

VEREINIGTES KÖNIGREICH

GRIFFITH-JONES Stephany
LINES Thomas

MITGLIEDER



Finance Watch nimmt zwei Arten von Mitgliedern auf: Organisationen und qualifizierte Einzelpersonen.

Mitgliedsorganisationen sind unter anderem Verbraucherorganisationen, Wohnungsgenossenschaften, Gewerkschaften, Stiftungen, Think Tanks, NRO und andere Organisationen, die Gemeinwohlinteressen fördern. Gemeinsam vertreten diese Mitglieder mehrere Millionen europäischer Bürger/innen.

Qualifizierte Einzelpersonen unter den Mitgliedern sind Experten auf Gebieten, die mit den Finanzreformen in Zusammenhang stehen, darunter eine Reihe renommierter Finanzexperten und Wissenschaftler.

Mitgliedsanträge werden vom Ausschuss für Transparenz und Unabhängigkeit (CTI) geprüft und dann vom Vorstand genehmigt. Der CTI überprüft, ob die Antragsteller sowohl von der Finanzindustrie und ihrer Lobby als auch von politischen Parteien unabhängig sind. Er stellt außerdem Folgendes sicher:

- Die Qualifikationen des Antragstellers sind mit den Zielen von Finance Watch vereinbar.
- Die Antragsteller sind frei von Interessenkonflikten.

- Die Antragsteller werden durch ihre Standpunkte und Fachbeiträge die Unabhängigkeit von Finance Watch nicht gefährden.

Der CTI trat 2011 zweimal physisch zusammen und hielt 2012 drei Telefonkonferenzen ab, um neue Mitgliedsanträge zu diskutieren. Bisher billigte der Vorstand alle Empfehlungen des CTI, darunter 14 Empfehlungen zur

Ablehnung von Mitgliedsanträgen, die vorwiegend Einzelpersonen betrafen, die, obwohl sie gute Absichten und Ideen hatten, ihre Tätigkeit in der Finanzindustrie fortsetzten und deren Aufnahme daher die Unabhängigkeit von Finance Watch hätten gefährden können. Außerdem wurden Ende 2011 alle Gründungsmitglieder von Finance Watch vom CTI überprüft.

VORTEILE DER MITGLIEDSCHAFT

MITGLIEDER KÖNNEN AN DER FESTLEGUNG DER STRATEGISCHEN UND OPERATIONELLEN PRIORITÄTEN VON FINANCE WATCH MITWIRKEN, INDEM SIE AN KONSULTATIONEN UND MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN TEILNEHMEN. ALLE MITGLIEDER SIND BERECHTIGT, BEI DEN WAHLEN FÜR DEN VORSTAND ZU KANDIDIEREN. HINZU KOMMEN FOLGENDE VORTEILE FÜR MITGLIEDER:

- Teilnahme an den Arbeitsgruppen, die sich regelmäßig bei Sitzungen mit persönlicher Anwesenheit und per Telefonkonferenz austauschen, um die Aktionen mit anderen Mitgliedern und dem Sekretariat zu koordinieren (2011/2012 waren sechs Arbeitsgruppen aktiv, die sich mit folgenden Themen befassen: MiFID II, PRIIPs, CRD IV, Schattenbanken, langfristige Finanzierung und Bankenstruktur – Liikanen)
- Zugang zu allen technischen Dokumenten und Informationsmaterialien von Finance Watch, die auch von Mitgliedern in ihren Kampagnen genutzt werden können
- Einladungen zu internen Workshops, Gesprächsrunden mit politischen Entscheidungsträgern und vorrangigen Zugang zu öffentlichen Konferenzen von Finance Watch
- Regelmäßige Updates per E-Mail über den aktuellen Stand wichtiger Gesetzgebungsverfahren der EU (ungefähr 30-40 E-Mails pro Jahr)
- Unterstützung in technischen Fragen zu allen Wissensgebieten von Finance Watch
- Zugang zu Dokumenten und Kontakten von Finance Watch sowie zu ausgewählten Vorträgen und Medienterminen

Für 2013 betragen die Mitgliedsbeiträge auf Beschluss des Vorstands unverändert 1.000 EUR für Organisationen und 80 EUR für Einzelpersonen.

Gründungsmitgliederversammlung am 30. Juni 2011



SEKRETARIAT

GESCHÄFTSBETRIEB

Head of Operations
Sylvie Delassus



Operations Officer
Adriaan Bayer



GENERALSEKRETÄR

Thierry Philipponnat



FACHLICHE ANALYSE

Beraterin des
Generalsekretärs
Aline Fares



Sen. Pol. Analyst
Benoît Lallemand



Sen. Pol. Analyst
Frédéric Hache



Sen. Pol. Analyst
Duncan Lindo



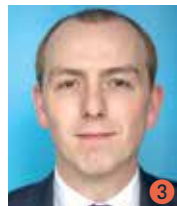
MITGLIEDERKOORDINIERUNG

Koordinatorin für Expertise
und Kampagnen
Anouchka Nicolet



PUBLIC AFFAIRS

Leiter der Abteilung
Public Affairs
Joost Mulder



Referentin in der
Abteilung Public Affairs
Katarzyna Hanula-Bobbitt



SEKRETARIAT

Im November 2011 arbeiteten zunächst sieben Personen im Sekretariat, später erweitert auf 13. Dazu gehören ein befristeter freier Mitarbeiter und zwei Berater auf Teilzeitbasis, die ab Sommer 2012 hinzukamen. Im November 2012 wurde der derzeitige „nachhaltige“ Mindestpersonalstand erreicht.

Die Mitarbeiter sind in drei Teams – fachliche Analyse, Public Affairs und Kommunikation – eingeteilt, die von einer Beraterin des Generalsekretärs, einer Koordinatorin für Expertise und Kampagnen und zwei Mitarbeitern für den Geschäftsbetrieb unterstützt werden.

KOMMUNIKATION

Leiter der Abteilung
Kommunikation
Greg Ford



Referentin in der
Abteilung Kommunikation
Charlotte Geiger



Community Manager
Matthieu Lietaert



Wir möchten uns für die tatkräftige Unterstützung und das große Engagement unserer Praktikanten bedanken, die 2011 und 2012 für uns tätig waren: Marie Fièrè und Fabien Hassan.

1 Thierry Philipponnat
Generalsekretär

Thierry (Franzose) ist verantwortlich für Strategie, Interessenvertretung, Arbeitsergebnisse und Personal von Finance Watch. Nach seinem Studium am Institut d'Etudes Politiques in Paris und dem Abschluss eines Wirtschaftsdiploms (Diplôme d'Etudes Approfondies en économie) hat Thierry im Jahr 1985 seine berufliche Laufbahn im Finanzwesen begonnen. Seine über 20-jährige Erfahrung reicht vom Handel bis zur Konzeption strukturierter Aktienprodukte. Von 2006 an engagierte sich Thierry für Amnesty International, insbesondere dort, wo es um den Einfluss des Finanzwesens auf die Menschenrechte geht. Danach wurde er in den Vorstand von Amnesty International Frankreich gewählt.

2 Aline Fares
Beraterin des Generalsekretärs

Aline (Französin) berät den Generalsekretär in strategischen und inhaltlichen Fragen. Nach ihrem Abschluss an der Wirtschaftsuniversität HEC in Paris erwarb sie über neun Jahre Berufserfahrung im Bankensektor. Zuletzt war sie bei Dexia als Referentin des Leiters der Privat- und Firmenkundenabteilung tätig.

3 Joost Mulder
Leiter der Abteilung Public Affairs

Joost (Niederländer) koordiniert die Lobbyarbeit von Finance Watch und verfolgt die Entwicklungen auf dem Wertpapiermarkt und im Privatkundengeschäft der Banken. Zuvor war Joost vier Jahre als Lobbyist der Finanzindustrie in einer der führenden Public Affairs-Agenturen und drei

Jahre im EU-Parlament als Berater für ein wichtiges Mitglied des IMCO- und des ECON-Ausschusses tätig. Seine Lobbyerfahrung umfasst Rechtsvorschriften für Hedgefonds, Leerverkäufe, Steuern, Eigenkapitalanforderungen und Finanzkonglomerate.

4 Katarzyna Hanula-Bobbitt
Referentin in der Abteilung Public Affairs

Katarzyna (Polin) ist gemeinsam mit Joost Mulder für die Lobbyarbeit zuständig und dabei auf das Bankwesen spezialisiert. Sie ist Expertin für Finanzregulierung in Europa, für internationale Beziehungen und strategische Allianzen. Zuletzt arbeitete sie in der Abteilung für Analyse und internationale Zusammenarbeit der polnischen Finanzaufsichtsbehörde.

5 Benoît Lallemand
Senior Policy Analyst

Benoît (Belgier) ist Experte für Marktinfrastruktur, Asset-Servicing und Berichtswesen. Er verfügt über zehn Jahre Berufserfahrung im Clearing und Settlement. Zuletzt war er leitender interner Berater bei Euroclear. Als Gründungsmitglied von Attac-Brüssel ist er außerdem bestens mit der Welt der Nichtregierungsorganisationen vertraut.

6 Frédéric Hache
Senior Policy Analyst

Frédéric (Franzose) ist spezialisiert auf Finanzmärkte, Anlegerschutz und Bankenregulierung. Er verfügt über insgesamt zwölf Jahre Berufserfahrung im Investmentbanking. Bei BNP Paribas arbeitete Frédéric als Spezialist für strukturierte Transaktionen in der Abteilung für Devisenderivate. Eine ähnliche Position bekleidete er bei Credit Suisse in London und der KBC Bank

in Paris. Frédéric ist gelernter Unternehmenstreasurer.

7 Duncan Lindo
Senior Policy Analyst

Duncan (Brite), ein ehemaliger Investmentbanker bei UBS, hat vor Kurzem seine Doktorarbeit über Banken und Derivate abgeschlossen. Er verfügt über zwölf Jahre Erfahrung im Bankwesen, zunächst im Bereich Marktrisikosteuerung und Value-at-Risk (VaR), danach im Management von Kreditrisiken im Zusammenhang mit Finanzderivaten. Bei Finance Watch beschäftigt er sich vor allem mit Fragen der Bankenregulierung.

8 Anouchka Nicolet
Koordinatorin für Expertise und Kampagnen

Anouchka (Schweizerin) verfügt über eine mehr als zehnjährige Berufserfahrung im Investmentbanking und in der Entwicklungsfinanzierung bei HSBC, Swiss Re, UBS Warburg und der Afrikanischen Entwicklungsbank im Bereich des Treasury-Risikomanagements sowie im Kreditgeschäft in Post-Konflikt-Staaten.

9 Greg Ford
Leiter der Abteilung Kommunikation

Greg (Brite) ist für die Medienbeziehungen und die externe Kommunikation von Finance Watch verantwortlich. Zuvor war Greg neun Jahre als Redakteur beim Online-Dienst der Financial Times Group, dealReporter, tätig. Sein Spezialgebiet waren Fusionen und Übernahmen. Davor war er fünf Jahre lang als Steuerberater bei PricewaterhouseCoopers beschäftigt.

10 Charlotte Geiger
Referentin in der Abteilung Kommunikation

Charlotte (Deutsche) ist gemeinsam mit Greg Ford für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Sie ist Spezialistin für Pressebeziehungen, soziale und neue Medien und Publikationen. Sie war zuvor als Pressesprecherin bei einer Verbraucherschutzorganisation tätig. Davor sammelte sie Erfahrungen als Journalistin im In- und Ausland, u.a. bei ARTE.

11 Matthieu Lietaert
Community Manager

Matthieu (Belgier) ist ein Multimedia-Experte im Bereich der sozialen Medien und der kreativen visuellen Kommunikation. Er ist preisgekrönter Filmemacher und Inhaber eines Dokortitels in Europäischer Politischer Ökonomie.

12 Sylvie Delassus
Head of Operations

Sylvie (Französin) ist eine erfahrene operative Leiterin und Fundraiserin im Non-Profit-Sektor. Sie hat ihren Abschluss an der Ecole Polytechnique (Frankreich) erworben und danach mehr als 20 Jahre Berufserfahrung gesammelt, einschließlich 11 Jahre in leitenden Positionen und mit Start-up-Strukturen. Sie war zuvor für die Mittelbeschaffung für das Institut Pasteur in Paris verantwortlich.

13 Adriaan Bayer
Operations Officer

Adriaan (Niederländer) ist für die Abwicklung des Tagesgeschäfts im Büro verantwortlich. Nach dem Besuch des College of Europe im Jahr 2008 arbeitete Adriaan zunächst ehrenamtlich bei zwei Mikrofinanzinstituten in Ruanda, dann als Analyst bei BNP Paribas Investment Partners, bevor er zu Finance Watch wechselte.

FUNDRAISING

Finance Watch nimmt keine Spenden von der Finanzindustrie, der Finanzlobby oder von politischen Parteien entgegen.

Zu den derzeitigen Einnahmequellen gehören größere EU-Zuschüsse für 2012, die von der Europäischen Kommission bereitgestellt werden, Zuschüsse von philanthropischen Stiftungen und Vereinigungen, Mitgliedsbeiträge und Spenden von Privatpersonen (siehe Finanzbericht, S. 40).

Es folgt eine Auflistung der wichtigsten Finanzierungsquellen von Finance Watch (Stand 31. Dezember 2012):

- Europäische Union
- Adessium Foundation, eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in den Niederlanden. Mit ihren Projekten setzt sie sich für eine Gesellschaft ein, die von Integrität, Gerechtigkeit sowie einem ausgeglichenen Verhältnis zur Natur geprägt ist.
- Maecenata Stiftung, gemeinnütziger Träger des deutschen Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft
- Fondation pour le Progrès de l'Homme, eine private schweizerische Vergabestiftung, die durch ihr Wirken den humanen Fortschritt durch Wissenschaft und soziale Entwicklung fördert

- Novethic, ein französisches Forschungszentrum, das an die "Caisse des Dépôts" angebunden ist und auf die soziale Verantwortung der Unternehmen und sozial verantwortliche Investitionen spezialisiert ist

- Öffentliche Spenden von 446 Privatpersonen

- Mitgliedsbeiträge von 71 Mitgliedern

Die EU-Zuschüsse für das Jahr 2012 erhielt Finance Watch im Rahmen einer Ausschreibung der Europäischen Kommission für ein Pilotprojekt mit dem Titel „Aufbau von Fähigkeiten bei Endnutzern und branchenfremden Interessengruppen im Rahmen des politischen Beschlussfassungsprozesses der Union auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen“. Finance Watch erhielt den Höchstbetrag von 1.025.000 EUR, wodurch 60 % der Ausgaben von Februar bis Dezember 2012 gedeckt werden konnten: Dies war die größte Finanzierungsquelle in den ersten 18 Monaten von Finance Watch. Im Rahmen einer ähnlichen Ausschreibung wurde ein Antrag für 2013 eingereicht.

Langfristig verfolgt Finance Watch im Bereich Fundraising das Ziel, zuverlässige und breit gefächerte Finanzressourcen zu sichern, mit deren Hilfe es seinen Auftrag erfüllen kann und seine finanzielle Unabhängigkeit gewährleistet bleibt.

Unsere mittelfristigen Finanzierungsziele bestehen darin, ein ausgewogenes Verhältnis von Finanzhilfen durch Behörden, private Stiftungszuwendungen und Spenden der breiten Öffentlichkeit zu erreichen und einen finanziellen Puffer für vier bis sechs Monate aufzubauen. Es wird voraussichtlich mehrere Jahre dauern, bis dieses Ziel erreicht ist.

Institutionelle Fördermittel von über 10.000 EUR bedürfen der Genehmigung durch den Ausschuss für Transparenz und Unabhängigkeit. Damit soll sichergestellt werden, dass die Zuwendung:

- an keine Bedingung geknüpft ist,
- keinen Interessenkonflikt mit den Zielen von Finance Watch hervorruft,
- die Unabhängigkeit der Positionen von Finance Watch nicht gefährdet,
- die Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche erfüllt.

Die Finanzmärkte
regieren die Welt.

Lassen Sie uns
das gemeinsam
ändern.



2011/2012 wurde für Fundraising-Zwecke Folgendes unternommen:

- Offizielle Anträge auf mehrjährige Basisfinanzierungen wurden an private Förderstiftungen in Großbritannien, Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Österreich, den Niederlanden und den USA gesendet, deren Programme mit der Tätigkeit von Finance Watch kompatibel sind.
- An mehrere Stiftungen wurden schriftliche Anfragen für projektbezogene Finanzierungen gerichtet. Beim ersten Projekt handelte es sich um einen Bericht über die EU-Vorschläge zur Sanierung und Abwicklung von Banken, der im letzten Quartal 2012 mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung in Deutschland erstellt wurde.
- Finance Watch wurde im Juni 2011 nach einem langen Bewertungsprozess durch die Fondation Roi Baudouin vom Netzwerk „Transnational Giving Europe“ (TGE) aufgenommen.
- Auf der Website wurde ein erweitertes Spendenformular für Privatpersonen eingerichtet.

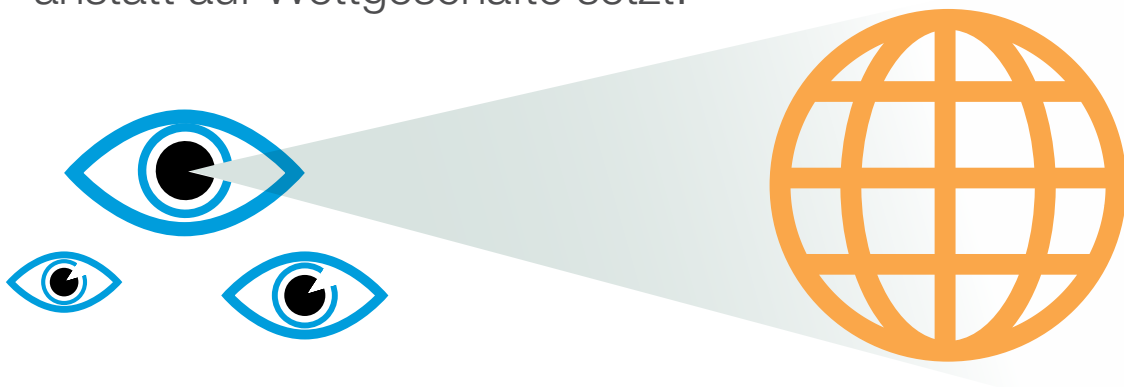
Darüber hinaus wurde eine Fundraising-Agentur damit beauftragt, eine Strategie zu entwickeln, mit der man an die breite Öffentlichkeit, private Stiftungen und weitere Fördereinrichtungen herantreten kann. Nach einer Ausschreibung Mitte 2012 erhielt die Pariser Agentur BRIEF den Auftrag, Materialien zu erstellen, eine grafische Identität für Fundraising-Zwecke zu entwerfen und über eine geeignete Strategie zu beraten. Sie sollen als Grundlage für die Fundraising-Aktivitäten 2013 dienen.

FINANCE WATCHS VISION

Das Motto von Finance Watch lautet:

„Für eine Finanzindustrie, die der Gesellschaft dient.“

UNSER ZIEL ist ein nachhaltiges Finanzsystem, das im Dienst der Gesellschaft steht und auf Investitionen anstatt auf Wettgeschäfte setzt.



Wofür wir uns einsetzen:

- ein robustes und effizientes Bankensystem, das Kapital für produktive Zwecke bereitstellt, ohne daraus unverhältnismäßigen Profit zu schlagen oder Kreditrisiken auf die Gesamtgesellschaft abzuwälzen, sowie
- Finanzmärkte, die produktive Investitionen in die Realwirtschaft fördern und gleichzeitig exzessive oder schädliche Formen von Spekulation unterbinden.

Bevor das geschehen kann, müssen Politiker und die Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen, um dem enormen Einfluss und der Dominanz der Finanzlobby ein Ende zu setzen.

Finance Watch wendet sich an die Öffentlichkeit, an Aufsichtsbehörden, politische Entscheidungsträger, Akademiker, Think Tanks, Journalisten und Wirtschaftsexperten sowie Banker und Unternehmer von morgen, um sie von dieser Vision zu überzeugen.

Folgende Maßnahmen sind unserer Ansicht nach nötig, um diese Ziele zu erreichen:

- Den Einfluss der Finanzindustrie auf die Gesellschaft insgesamt verringern.
- Ein robustes Bankensystem aufbauen, das im Dienst der Gesellschaft steht und nicht für Missbrauch durch moralisches Fehlverhalten („Moral Hazard“) anfällig ist (auch in einer Bankenunion);
- Ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, dass die Kredit- und Geldschöpfungsprozesse im Bankensektor bedeutende politische Auswirkungen haben.
- ein Finanzsystem schaffen, das auf nachhaltige Investitionen setzt;
- exzessive Spekulation wie Rohstoffspekulation oder Hochfrequenzhandel eindämmen;
- Ersparnisse in nachhaltige und langfristige Investitionen in die Realwirtschaft lenken;
- den Finanzsektor wirksam regulieren;
- die Interessen der Gesamtgesellschaft schützen;
- Prinzipien moralischen Handelns bei den Finanzmarktakteuren wieder einführen.

“Finance Watch ist ein unverzichtbares,

unabhängiges Sprachrohr,

ein Gegengewicht zur Finanzlobby”

Professor John Kay

AUF DEN SPUREN DER LOBBYGRUPPEN

Brüssel ist die Lobbyhauptstadt Europas: Hier scharen sich Tausende von Lobbyisten aus zahlreichen Wirtschaftszweigen um die Gesetzgeber.

Der Finanzsektor ist in Brüssel durch Dutzende von Branchenverbänden vertreten, die eigene Mitarbeiter für Public Affairs, professionelle Lobbyunternehmen und Anwaltskanzleien für sich arbeiten lassen. Nach Schätzungen von Finance Watch sind bis zu 700 Personen direkt oder indirekt damit beschäftigt, auf die Brüsseler Gesetzgeber im Namen der Finanzbranche Einfluss auszuüben.

Obwohl zivilgesellschaftliche Gruppen vertreten sind und von Politikern als alternative Stimme wahrgenommen werden, ist ihre Zahl relativ gering und die Koordinierung manchmal schwierig. Eine solche Gegenexpertise wird dabei vor allem in den Mitgliedstaaten und nicht in Brüssel produziert. Die Nutzer von Finanzdienstleistungen und die Beschäftigten des Sektors sind zwar oft in Interessengruppen vertreten, aber diese Gruppen setzen sich mehrheitlich aus Branchenvertretern zusammen.

Die meisten Gesetze und politischen Maßnahmenkataloge in der EU durchlaufen mehrere Etappen. Die Vorschläge sollen mit jeder Etappe besser werden, da immer mehr Erkenntnisse gewonnen werden – soweit die Theorie! Damit dies auch geschieht, müssen politische Entscheidungsträger mit verschiedenen Gruppen reden, u.a. mit Vertretern des Finanzgewerbes, Aufsichtsbehörden, Wissenschaftlern, Verbraucherschützern und NRO. Jede Gruppe versucht natürlich, die Interessen ihres Sektors durch Änderungsvorschläge durchzusetzen, wobei die Entscheidungsgewalt bei den politischen Entscheidungsträgern (EU-Parlament/-Ministerrat/-Kommission) liegt, die letztlich bestimmen, welche Änderungen übernommen werden und welche nicht. Das Ziel des Lobbying ist nicht immer, Änderungen durchzusetzen, sondern manchmal auch, Gesetzesvorschläge nur scheitern zu lassen oder den Gesetzgebungsprozess in die Länge zu ziehen.

Alle diese Gruppen haben gemeinsam, dass sie an die politischen Entscheidungsträger herantreten, um sie in Gesprächen zu beeinflussen und ihre jeweiligen Interessen voranzubringen.

Bei Finance Watch findet direktes Lobbying zum großen Teil bei organisierten Treffen, auf schriftlichem Wege und durch Telefongespräche statt. Konferenzen, Veranstaltungen und informelle Treffen gehören auch dazu.

Die Zielgruppe ist dabei oft sehr klein: Mal handelt es sich um „unentschlossene Stimmen“ im Parlament, mal um eine Handvoll Staaten, die das Zünglein an der Waage für eine Mehrheit sein könnten, oder ein halbes Dutzend Kommissionsbeamte, die für den jeweiligen Bereich zuständig sind.

Das öffentliche Bewusstsein spielt eine erhebliche Rolle. Insbesondere die Berichterstattung in den Medien setzt den Rahmen, in dem Lobbying stattfindet, und hilft dabei, über demokratische Prozesse zu informieren. Wenn ein Thema öffentlich diskutiert wird, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass die Politiker sich des Themas annehmen. Genauso wie Politiker bedienen sich auch Lobbyisten der Medien, um ihre Botschaften zu streuen.

Lobbying setzt ein hohes Niveau an politischen, fachlichen und administrativen Kenntnissen sowie gute Kommunikations- und Networking-Fähigkeiten voraus. Es ist nicht dasselbe wie Kampagnenarbeit; letztere ist ein ergänzendes Instrument, mit dem das gleiche Ziel verfolgt wird.

Die Brüsseler Lobbyisten versuchen sowohl die europäische Primärgesetzgebung („Stufe 1“) als auch die prälegislative Agenda („Thought Leadership“ – Vordenkerrolle – so sagt man in Brüssel oft dazu) und die postlegislative technische Umsetzung („Stufe 2“) zu beeinflussen. Wie sein Gegenpart – die Finanzlobby – ist es auch ein Ziel von Finance Watch, auf diesen Ebenen Präsenz zu zeigen.



AKTIVE LOBBY-ARBEIT AM BEISPIEL CRD IV

Die Beeinflussung der Gesetzgebung ist nur eines der Lobbyziele von Finance Watch. Mindestens genauso wichtig ist es, neue Ideen einzubringen, die bisher bei den politischen Entscheidungsträgern nicht auf dem Tisch lagen, und Argumente gegen die Vorschläge der Finanzindustrie zu liefern, die nicht im Gemeinwohlinteresse liegen.

Es ist nahezu unmöglich, den Einfluss eines einzelnen Akteurs zu messen, da das Ergebnis auf zahlreiche unterschiedliche Faktoren und Umstände zurückzuführen ist. Betrachtet man das Ergebnis am Ende des Gesetzgebungsprozesses, dann kann man jedoch erkennen, inwieweit die Standpunkte von Finance Watch im Interesse des Gemeinwohls berücksichtigt wurden.

Beim Verfassen dieses Jahresberichts waren die Verhandlungen zu „CRD IV“ beinahe abgeschlossen. Weiter unten folgt eine erste Ergebnisanalyse. Die Ergebnisse der beiden anderen bereits abgeschlossenen Gesetzesmaßnahmen (Leerverkäufe und „CRA III“) befinden sich in Teil 2.

Verbesserungen

Nach der Veröffentlichung der CRD IV-Vorschläge behaupteten die Lobbyisten der Finanzindustrie, die neuen Vorschriften über „Deleveraging“ (Schuldenabbau) und Eigenkapitalerhöhung würden letztlich dazu führen, dass die Kreditvergabe an die Realwirtschaft

abnehmen wird. Finance Watch appellierte daraufhin mit Erfolg an die Staats- und Regierungschefs der EU, die **Überwachung des Schuldenabbauprozesses** sicherzustellen. Damit ließe sich vermeiden, dass Banken die neuen Anforderungen auf dem Wege erfüllen, dass sie weniger Kredite vergeben, anstatt ihre spekulativen Handelsaktivitäten zu reduzieren. Die Beschlüsse des Euro-Gipfels vom Oktober 2011 enthalten eine Forderung zur Überwachung des Schuldenabbaus.

Was die Auswirkungen der höheren Eigenkapitalanforderungen auf die **Finanzierung der Realwirtschaft** anbelangt, haben wir empfohlen, die Kreditvergabe an Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durch ein um 33 % reduziertes Risikogewicht für solche Kredite zu fördern. Die EU-Abgeordneten stimmten uns weitgehend zu und reduzierten das Risikogewicht bei KMU-Krediten um 24 %.

Verschlechterungen

Das Baseler Abkommen zur Einführung einer **Obergrenze für die Verschuldungsquote** im Jahr 2018 wurde während der Verhandlungsphase aus dem EU-Umsetzungsgesetz gestrichen. Unter anderem die Investmentbanken, die oft eine extrem hohe Schuldenquote aufweisen, sind über diesen Aufschub erleichtert, obwohl die Deckelung in einem umfangreichen und komplexen Gesetzgebungsprozess 2018

wiedereingeführt werden kann. So ist es kleinen und regionalen Banken zu verdanken, die sich bei den EU-Abgeordneten dafür einsetzten, ihre hohe Verschuldung vor den Augen der Öffentlichkeit und der Märkte verbergen zu können, dass dies ein weiterer großer Sieg für Investmentbanken ist, die noch wesentlich höher verschuldet sind.

Keine Veränderung

Den Forderungen von Finance Watch, mehrerer Bankenaufsichtsbehörden und Wissenschaftler nach einer Anhebung der Eigenkapitalausstattung auf 15 bis 20 % kamen die EU-Institutionen nicht nach. Sie entschieden sich vielmehr, an den Vorgaben des Basler Abkommens (8 % Eigenkapitalunterlegung) festzuhalten.

Die Vorschläge von Finance Watch, **für übertragene Forderungen eine Restrisikogewichtung** einzuführen sowie für Standardrisikogewichte, die anhand von bankeigenen Daten mit internen Rechnungsmodellen ermittelbar sind, **Benchmarking** vorzuschreiben, schafften es trotz einer Mehrheit im Parlaments nicht bis zum interinstitutionellen Kompromiss.

Mehrere Abgeordnete des EU-Parlaments unterstützten unseren Vorschlag, die **Gesamtkapitalrendite von Banken offenzulegen**. Leider gab es dafür keine Mehrheit im Parlament, so dass der Text unverändert blieb.

VOM GRÜNBUCH ZUM GESETZ

Das Europäische Parlament kann keine Gesetzesinitiativen ergreifen

Im Gegensatz zu den meisten nationalen Parlamenten ist das EU-Parlament nicht mit einem „Initiativrecht“ ausgestattet. Nur die EU-Kommission kann Gesetzesinitiativen ergreifen. Zwar bieten sich EU-Abgeordneten, die für einen bestimmten Bereich ein Gesetz wünschen, verschiedene Möglichkeiten, um die Kommission zum Handeln zu veranlassen, aber sie können nicht selbst ein Gesetz ausarbeiten. Dazu gehört zum Beispiel der Entwurf eines nichtlegislativen Berichts, ein vom Parlament häufig genutztes Mittel, um die Kommission aufzufordern, in einem bestimmten Bereich gesetzgeberisch aktiv zu werden. Diese „Initiativberichte“ stehen oft in Zusammenhang mit Konsultationen, in denen die Kommission um Zustimmung für eine geplante gesetzgeberische Maßnahme (Weißbuch) bittet oder allgemein Meinungen zu einem bestimmten Themenbereich (Grünbuch) einholt.

Viele europäische Gesetze beruhen auf internationalen Übereinkommen

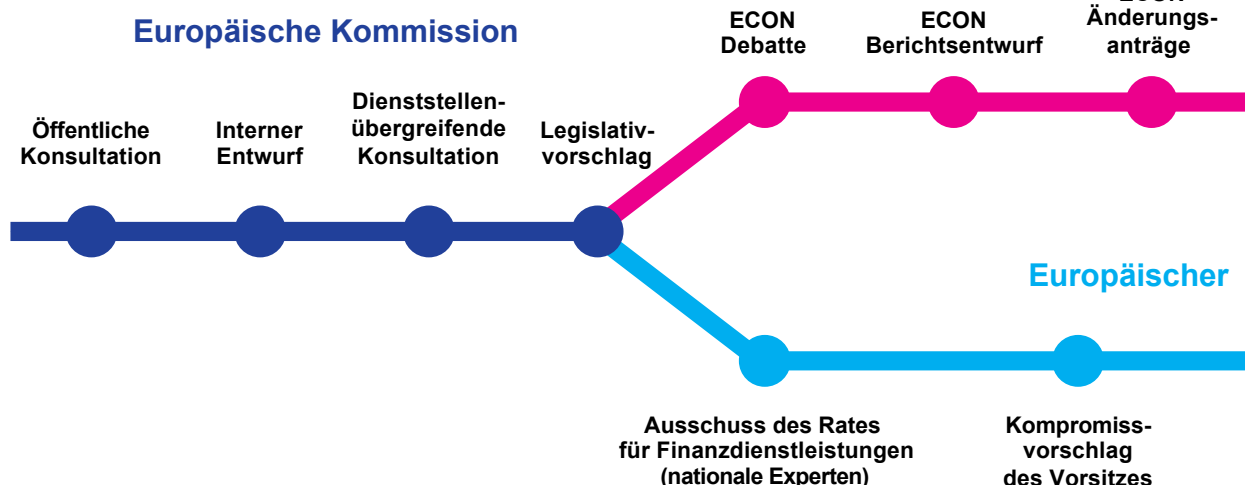
In mustergültigen Gesetzgebungsverfahren nimmt sich die Kommission Zeit, die verschiedenen Alternativen in einem Grünbuch zu analysieren und zu diskutieren; es folgen Legislativmaßnahmen in einem Weißbuch, die dann in einen Gesetzentwurf (Legislativvorschlag für eine Richtlinie oder eine Verordnung) münden. Ein großer Teil der von der Kommission derzeit vorgeschlagenen Gesetzgebung besteht lediglich in der Umsetzung internationaler Übereinkommen, zu dem Einzelheiten und Differenzierungen hinzugefügt werden, falls erforderlich. Beispiele dafür sind die in der EU als „CRD IV“ umgesetzten Vorschläge des Basler Ausschusses zur Eigenkapitalausstattung oder die Erklärung des G20-Gipfels von Pittsburgh, die zur Verordnung über die europäische Marktinfrastruktur (EMIR) führte (mehr zu diesen Themen im zweiten Teil des Berichts).

Interessengruppen wirken auf die Kommission ein

Obwohl sich die Gesetzgebungsagenda aus internationalen Verpflichtungen ergibt, ist es nach wie vor sehr wichtig, im Vorfeld von Legislativvorschlägen mit der Europäischen Kommission ins Gespräch zu kommen. Wenn die Kommission über Rechtsvorschriften nachdenkt, organisiert sie mit „Interessengruppen“ formelle und informelle Treffen, um den Sektor, den sie regeln will, besser zu verstehen. Dabei erhalten die Interessengruppen die Möglichkeit, auf Konsultationen der Kommission schriftlich zu antworten und so die Sichtweise der Kommission zu beeinflussen. Die Lobbyisten bemühen sich nach Kräften, die Vorschläge in Richtung ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen. Manche Lobbyisten versuchen sogar, die Kommission ganz davon abzubringen, einen bestimmten Legislativvorschlag einzubringen. Andere wiederum halten sie dazu an, sich mit Themen zu befassen, in denen sie Gesetzgebungsbedarf erkennen.

Interne Kommissionsberatungen zum Entwurf

Innerhalb der Kommission werden die Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen im Allgemeinen von der Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen (GD MARKT) bearbeitet. Bevor ein Gesetzgebungsvorschlag veröffentlicht wird, teilen andere Generaldirektionen, die für andere Themen wie beispielsweise Verbraucherschutz, Industriepolitik oder Landwirtschaft zuständig sind, ihren Standpunkt zum Entwurf der GD MARKT in einem Verfahren mit, das „dienststellenübergreifende Konsultation“ genannt wird. Nach Abschluss dieses Verfahrens wird der Gesetzgebungsvorschlag vom gesamten Kollegium der Kommissare formell angenommen, veröffentlicht und an das Parlament und den Rat zur Stellungnahme übermittelt.



Der Parlaments-berichterstatter bemüht sich um Kompromiss

Mit den Rechtsvorschriften über Finanzdienstleistungen befasst sich zumeist der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments (ECON). Der ECON ernennt einen Berichterstatter, der im Namen des Parlaments verhandelt und zunächst einen Berichtsentwurf mit Änderungsanträgen zum Kommissionsvorschlag erstellt. Jene Abgeordnete, die als Schattenberichterstatter die Position ihrer Fraktion vertreten, versuchen mit dem Berichterstatter eine Einigung über Änderungsanträge zu erzielen. Nach einer Abstimmung über diese Anträge im Ausschuss verfügt das Parlament über eine Grundlage für die Verhandlungen mit Rat und Kommission. Lobbyisten versuchen in jeder Phase des Verfahrens, wichtige EU-Abgeordnete zu treffen, damit diese Änderungsanträge eine bestimmte Richtung geben oder in den Kompromissverhandlungen gewisse Themen vorrangig behandeln.

Nationale Experten und Vertreter verhandeln im Namen ihres Ministers über einen Standpunkt

Um den Standpunkt des Europäischen Rates festzulegen, versammeln sich nationale Experten und Vertreter aller 27 Mitgliedstaaten in Brüssel bei den Sitzungen der Arbeitsgruppe für Finanzdienstleistungen unter dem Vorsitz des Landes, das den jeweiligen EU-Ratsvorsitz innehat. Besonders umstrittene politische Themen werden an die Botschafter (AStV II) oder Finanzminister (ECOFIN) weitergeleitet, die auch die endgültige Verhandlungsposition (eine „allgemeine Ausrichtung“) für ihre Regierungen unterzeichnen. Die Lobbyisten wenden sich in allen Phasen an alle beteiligten Amtsträger – manchmal sogar in der Nacht vor dem abschließenden Treffen der Finanzminister, wenn sehr große Interessen auf dem Spiel stehen.

„Trilogie“ kürzen die formalen Prozesse der ersten, zweiten und dritten Lesung ab

Theoretisch nimmt der Rat zu dem vom Parlament im Plenum verabschiedeten Ausschussbericht Stellung. Wenn die Minister den Standpunkt des Parlaments ablehnen, stellen sie ihren „Gemeinsamen Standpunkt“ vor, und es geht in die zweite Verhandlungsrunde (2. Lesung).

In der Praxis treffen sich Vertreter des Parlaments, des Rates und der Kommission zu informellen Dreiergesprächen („Trilogie“), in denen sie sich um einen Kompromiss bemühen, der alle Seiten zufriedenstellt. Der Kompromiss kann dann in einem einzigen Änderungsantrag genehmigt werden, wenn das Parlament über seinen Bericht im Plenum abstimmt, woraufhin der Rat den Parlamentstext formell annimmt. Dieses System beschleunigt zwar in der Regel die Entscheidungsfindung, dies geschieht jedoch auf Kosten einer demokratischen Kontrolle, da die Trilogie nicht öffentlich sind.

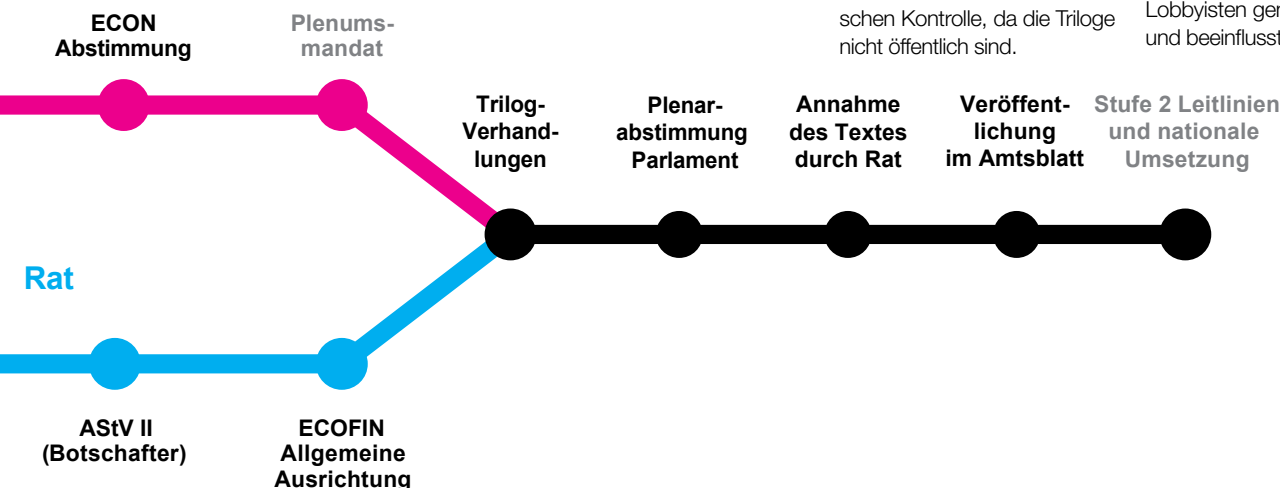
Lobbying zu technischen Standards wird in Stufe 2 fortgesetzt

Die Genehmigung durch den Rat schließt das Verfahren in „Stufe 1“ ab, woraufhin der Text übersetzt, im Amtsblatt veröffentlicht und ab einem bestimmten Zeitpunkt rechtsgültig wird. Verordnungen sind unmittelbar EU-weit rechtskräftig, während Richtlinien – meistens innerhalb von 18 bis 24 Monaten – in nationales Recht umzusetzen sind.

Die Gesetzgeber können die Befugnis zur Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter bei einigen nichtpolitischen Themen an die Kommission delegieren (delegierte Rechtsakte). Auch kann ihr die Befugnis übertragen werden, verbindliche technische Standards anzunehmen, die die drei europäischen Aufsichtsbehörden (EBA, ESMA, EIOPA) entwerfen. In diesem Verfahren in „Stufe 2“ beraten Kommission und Behörden mit Interessengruppen, wie sie den Gesetzestext der „Stufe 1“ auslegen, ein Vorgang, der von Lobbyisten genau beobachtet und beeinflusst wird.

Parlament

Rat



DREI INTERVENTIONSEBENEN

POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER

Gesetzgeber, Beamte und andere Offizielle sowie Vertreter von Aufsichtsbehörden werden im Rahmen von Sitzungen, Veranstaltungen, Positionspapieren, Antworten auf Konsultationen, Anhörungen und schriftlichen Stellungnahmen, Artikeln, Briefen und auf weiteren Kommunikationswegen angesprochen.

ALLGEMEINE ÖFFENTLICHKEIT

Die Unterstützung unserer Mission durch die Öffentlichkeit ist von entscheidender Bedeutung; sie hilft uns, das politische Interesse für die Finanzreformen aufrechtzuerhalten und fördert die Legitimität von Finance Watch als Repräsentant eines breiteren öffentlichen Interesses. Neben der Berichterstattung in den Medien nutzen wir verschiedene Kanäle, um uns direkt an die Öffentlichkeit zu wenden, dazu gehören Newsletter an die „Freunde von Finance Watch“, Social Media, unsere Website, Cartoons, Blogs, Postkarten und vereinfachte Zusammenfassungen, die in drei Sprachen erstellt werden.

ZIVILGESELLSCHAFT

Das zentrale Anliegen von Finance Watch ist es, die Stimme der Zivilgesellschaft in der Reform der Finanzregulierung zu stärken. Neben der eigenen Lobbyarbeit stellt Finance Watch auch seinen Mitgliedern Werkzeuge und Fachwissen für deren Aktivitäten zur Verfügung. Daneben können andere zivilgesellschaftliche Organisationen oder Bürger, die am politischen Prozess mitwirken möchten, im Internet auf die Materialien von Finance Watch zugreifen.

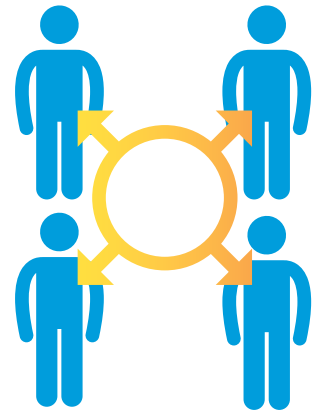
Zu den Hauptaufgaben des Sekretariats von Finance Watch gehören die Bereitstellung von Expertise und die Lobbyarbeit. Zunächst werden Gesetzgebungsvorschläge eingehend analysiert, um Stellungnahmen zu entwickeln, die daraufhin politischen Entscheidungsträgern und der breiten Öffentlichkeit vermittelt werden.

BEREITSTELLUNG VON EXPERTISE



Analyse

Die europäischen Gesetzgebungsvorschläge werden von unserem Expertenteam im Hinblick auf das Gemeinwohlinteresse geprüft. Das Team erarbeitet anschließend technische Beiträge und Stellungnahmen.



Austausch

Fachwissen wird zwischen unseren Mitgliedern über Arbeitsgruppen ausgetauscht. Die Mitglieder dieser Gruppen treffen sich entweder persönlich oder tauschen sich bei regelmäßig stattfindenden Telefonkonferenzen aus, auf denen spezifische Themen und Prioritäten diskutiert werden, um Analysen auszutauschen und Aktionen zu koordinieren. Die Koordinatorin für Expertise und Kampagnen wirkt dabei unterstützend mit.

WIE WIR THEMEN AUSWÄHLEN

Seit 2010 hat die EU über 30 Gesetzestexte zu Finanzthemen veröffentlicht, und das umfasst nur jene Bereiche, in denen sich die politischen Entscheidungsträger einig waren, dass Reformen sowohl notwendig als auch möglich sind. Um trotz begrenzter Mittel etwas erreichen zu können, muss Finance Watch klare Prioritäten setzen und jene Themen auswählen, zu denen Stellungnahmen erarbeitet werden und bei welchen ein proaktiver Ansatz angewandt wird.

Ob reaktive oder proaktive Herangehensweise, es kommen nur jene Themen in Frage, bei denen Finance Watch...

- überzeugt ist, dass für das **gesellschaftliche Gemeinwohl** viel auf dem Spiel steht;
- auch mit seinen begrenzten Ressourcen ein **zufriedenstellendes Ergebnis** liefern kann;
- mit seinen ausführlichen Analysen **zusätzliche Gesichtspunkte** in die Debatten einbringen kann;

WIE FINANCE WATCH ARBEITET

LOBBYARBEIT



Kommunikation

Mithilfe von Pressemitteilungen und den daraus resultierenden Presse- und Medienberichten können politische Entscheidungsträger erreicht werden. Medieninterviews sind ein zentraler Bestandteil dieser Arbeit. Der breiten Öffentlichkeit wird leicht verständliches Informationsmaterial zur Verfügung gestellt, das über unterschiedliche Plattformen zugänglich ist.



Engagement

Das Public Affairs-Team nimmt den Dialog mit Politikern, Beamten und anderen Offiziellen sowie Vertretern der Aufsichtsbehörden auf und bleibt dabei über die Arbeitsgruppen in stetem Austausch mit den Mitgliedern. Desweiteren werden öffentliche Veranstaltungen organisiert, und sowohl der Generalsekretär als auch andere Teammitglieder nehmen ihrerseits als Redner an externen Veranstaltungen und Konferenzen teil.

Zur täglichen Arbeit des Sekretariats gehören unter anderem auch Fundraising und die operative Arbeit.

- durch effiziente Lobbyarbeit **erhebliche Wirkung** erzielen kann;
- sich im Namen des Gemeinwohlinteresses in die Debatte einbringen kann, das von der **Gesamtheit seiner Mitglieder** vertreten wird und nicht nur bestimmte Einzelinteressen von Mitgliedsorganisationen berücksichtigt.

Die Themenauswahl wird vom Vorstand vorgeschlagen, nachdem dieser mit dem Sekretariat und den Mitgliedern Rücksprache gehalten hat, und dann von

den Mitgliedern in einer Mitgliederversammlung genehmigt. Das Sekretariat ist dann verpflichtet, sich mit diesen Themen zu beschäftigen, kann sich darüber hinaus allerdings auch mit weiteren Themen befassen, sofern diese die oben genannten Kriterien erfüllen und ausreichend Mittel verfügbar sind.

Jährliche Arbeitsprogramme werden den Mitgliedern stets im November im Voraus zur Genehmigung vorgelegt. Darüber hinaus wurde mit Mitgliedern ein drei-

jähriger Strategieplan für den Zeitraum 2013-2016 entwickelt.

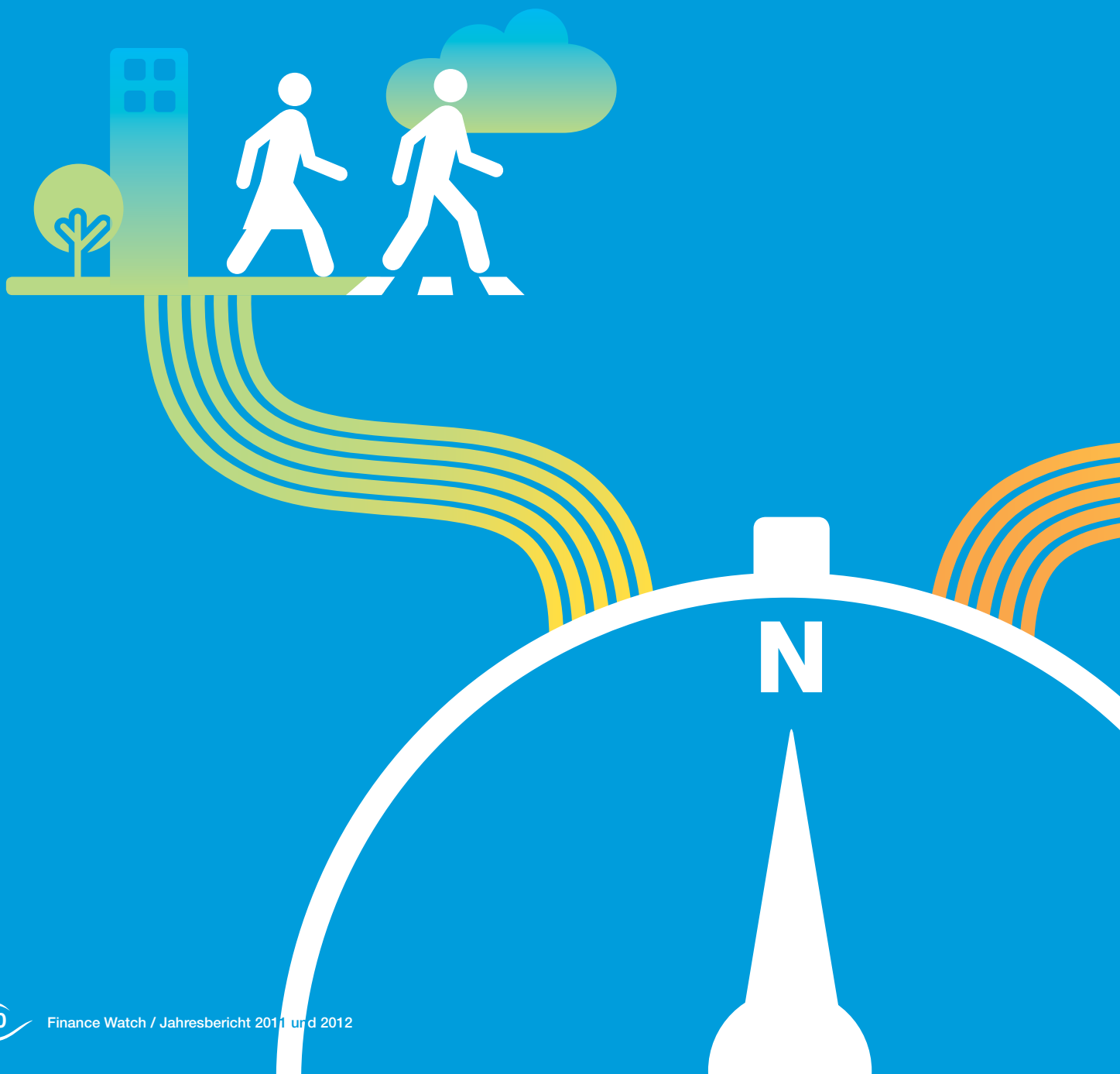
Der Strategieplan für 2013-2016 wurde den Mitgliedern auf der Mitgliederversammlung vom 19. bis 20. November 2012 vorgestellt. Die Mitglieder wurden gebeten, ihre Kommentare bis zum 5. Januar 2013 schriftlich einzureichen. Der überarbeitete Strategieplan wurde von den Mitgliedern auf der Mitgliederversammlung am 19. April 2013 verabschiedet.



Finance Watch

Für eine Finanzindustrie,
die der Gesellschaft dient

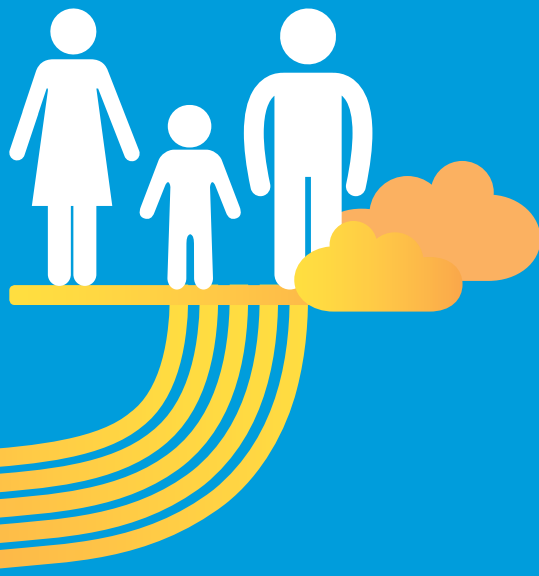
THEMEN



**IM ZEITRAUM 2011 BIS 2012
BEFASSTE SICH FINANCE WATCH
MIT FOLGENDEN THEMEN:**

- S. 22** CRD IV* – Umsetzung der internationalen Eigenkapitalstandards nach Basel III in der EU
- S. 24** Liikanen / Bankenstruktur – Strukturreform von großen Universalbanken
- S. 26** Bankenunion – EU-Pläne zur Sanierung und Abwicklung von Banken, Einlagensicherung und Aufsicht
- S. 27** Schattenbanken – Regulierung der Kreditvermittlung außerhalb von Banken
- S. 28** MiFID II/MAD II* – Finanzmarktregeln
- S. 30** Benchmarks – Regulierung von Preis-Benchmarks und Indizes wie LIBOR, EURIBOR
- S. 31** Leerverkäufe – Regeln über spekulative Leerverkaufspositionen
- S. 32** PRIIPs* – Verbraucherschutz für komplexe Anlageprodukte
- S. 33** OGAW V* und Zukunft der OGAW-Konsultation – Verbraucherschutz für Standardprodukte
- S. 34** CRA III – Ratingagenturen
- S. 35** Langfristige Finanzierung – Maßnahmen für eine stärkere Kapitalallokation für langfristige Zwecke
- S. 36** Sonstiges

* Von der Mitgliederversammlung 2011-2012 beschlossene Themenschwerpunkte (siehe Seite 19)





CRD IV

/ EIGENKAPITALRICHTLINIE

„CRD IV“ bezeichnet den EU-Gesetzesvorschlag zur Umsetzung der internationalen Eigenkapitalstandards, die auf G20-Ebene vereinbart wurden.

Er tritt an die Stelle der früheren Eigenkapitalvorschriften und umfasst ein Gesetzespaket bestehend aus einer Richtlinie und einer Verordnung, das den Namen „CRD IV/CRR“ trägt.

Das CRD IV-Paket erhöht die Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen an Banken, um ihre Krisenfestigkeit zu fördern, und vereinheitlicht den EU-Rahmen für Bankenaufsicht durch die Umsetzung eines „einzigsten Regelwerks“.



ZEITPLAN

Mai 2013

Formelle Genehmigung der Einigung durch den Rat

April 2013

Formelle Genehmigung der Einigung durch das Parlament

27. Februar 2013

Vorläufige Einigung zwischen dem Parlament und dem Rat

30. Mai 2012

Annahme des Parlamentsberichts durch ECON, Vorlage ans Plenum

16. Mai 2012

Finance Watch veröffentlicht „Basel III in 5 Fragen“

15. Mai 2012

Allgemeine Ausrichtung, ECOFIN

27. März 2012

Konferenz von Finance Watch über Fragilität und Effizienz des Finanzsystems

1. April 2012

Cartoon-Version von Finance Watch zu Basel III

2. Februar 2012

Positionspapier von Finance Watch: „To end all crises?“

14. Dezember 2011

Berichtsentwurf des Parlaments

11. Oktober 2011

Stellungnahme von Finance Watch in einer ECON-Anhörung

20. Juli 2011

CRD IV-Vorschlag der Europäischen Kommission

GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

- Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht legte 2011 zum Teil als Reaktion auf die Finanzkrise die Vereinbarung „Basel III“ vor. Sie schreibt Bankenaufsichtsbehörden auf der ganzen Welt vor, von Banken unter anderem eine höhere Eigenkapitalausstattung, eine geringere Schuldenquote und eine bessere Liquiditätsausstattung zu verlangen.
- Am 20. Juli 2011 veröffentlichte die EU-Kommission ihren Vorschlag zu „CRD IV/CRR“. Ziel der Rechtsvorschrift ist nicht nur, „Basel III“ umzusetzen, sondern auch, „den EU-Bankensektor widerstandsfähiger zu machen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Banken weiterhin die Wirtschaft und das Wachstum finanzieren.“ Eckpunkte des Maßnahmenpakets waren u.a. die Einfüh-

rung einer Verschuldungsobergrenze und von Liquiditätsquoten, eine höhere Eigenkapitalausstattung und eine Definition von Eigenkapital sowie Maßnahmen zu Schattenbanken.

- Am 14. Dezember 2011 veröffentlichte Parlamentsberichterstatler MdEP Othmar Karas (EVP, Österreich) seinen Berichtsentwurf über CRD IV/CRR und am 30. Mai 2012 verabschiedete der ECON-Ausschuss nach zahlreichen Debatten den Bericht. Am 15. Mai 2012 genehmigte der EU-Finanzministerrat eine „allgemeine Ausrichtung“, welche die Grundlage für die Verhandlungen mit dem Parlament bildete. Am 27. Februar 2013 wurde eine vorläufige Einigung zwischen den Institutionen verkündet. Die Umsetzung ist für Januar oder Juli 2014 vorgesehen.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Durch die Finanzkrise 2007/08 kamen zwei gravierende Probleme ans Licht: Erstens war die Eigenkapitalausstattung der Banken unzureichend und zweitens konnten Gläubiger an Verlusten nicht beteiligt werden, da man Banken nicht insolvent gehen lassen wollte.

Mit dem CRD IV-Paket soll die Krisenresistenz einzelner Banken durch eine höhere Eigenkapitalausstattung verbessert werden. Die Vorschläge reichen jedoch nicht aus, um einen Großteil der während der letzten Krise entstandenen Verluste zu absorbieren.

Das eigentliche Problem der Systemrelevanz („too big to fail“) wird mit CRD IV nicht gelöst: Banken werden vom Staat de facto gegen eine Insolvenz abgesichert und gehen daher größere Risiken ein („Moral Hazard“). Auch das Systemrisiko wird nicht reduziert, das wegen der starken Verflechtung im Bankensektor besteht. Diese Probleme werden zum Teil durch andere Reformen in Angriff genommen (Bankenunion, Schattenbanken und Bankenstruktur).

Einige Empfehlungen von Finance Watch:

- Aufstockung des „Tier-1-Kapitals“ (Kernkapital) auf 10 % der risikogewichteten Vermögenswerte (RGV), um dem durchschnittlichen historischen Eigenkapitalniveau der letzten 100 Jahre näherzukommen;
- Einführung einer verbindlichen Verschuldungs-obergrenze zwischen 5 % in normalen Zeiten und 3 % in Krisenzeiten (das 20- bis 33-fache), berechnet anhand der Brutto-Risikoposition von Derivaten. Eine solche Begrenzung würde das Risiko eines prozyklischen Schuldenabbaus

verringern und sollte ab 2015 mit vorheriger Offenlegung verbindlich eingeführt werden;

- Verringerung der Gefahr von Interessenkonflikten bei der Übertragung von Kreditrisiken. Diese Maßnahme würde jedoch eine Begrenzung des Restrisikos auf 25 % der übertragenen Risikopositionen erfordern;
- Maßnahmen, damit Kredite an Unternehmen ohne Rating nicht gegenüber Krediten an bewertete Unternehmen benachteiligt werden. Dazu sollte der Standardansatz für die Berechnung der Risikogewichte für Unternehmen ohne Rating durch das durchschnittliche Risikogewicht für ähnliche Unternehmen nach IRB-Ansatz, der auf internen Ratings basiert (für jedes Land durch die EU-Bankenaufsicht berechnet), ersetzt werden.
- Verringerung des Risikos der Manipulation von Risikogewichten durch verbindliche Einführung eines Standard-Portfolio-Benchmarking für bankinterne Modelle;
- Maßnahmen, damit Investoren weniger auf die Eigenkapitalrendite fokussieren, z.B. durch die Offenlegung der Gesamtkapitalrendite als einer der Schlüsselindikatoren für die Leistungsbewertung von Banken;
- weitere Maßnahmen u.a. zur Unternehmensführung von Banken, zur Null-Risiko-Gewichtung (auch Staatsschulden) und zu Umsetzungsfristen.

Finance Watch unterbreitete auch Vorschläge über eine strukturelle Trennung, die Überwachung des Schuldenabbaus, die steuerliche Behandlung von Schulden und zum Thema Schattenbanken.

Die Mitglieder von Finance Watch beschäftigten sich intensiv mit diesem Thema.

Zur Koordinierung der Aktionen bildeten 18 Mitglieder –

Einzelpersonen und Organisationen – eine Arbeitsgruppe.



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

CRD IV/CRR, ein Kernstück der EU-Finanzmarktreflexionen (und das erste technische Dossier von Finance Watch), hat sich zum zentralen Thema von Finance Watch in den Jahren 2011 und 2012 entwickelt.

Die Mitglieder von Finance Watch beschäftigten sich intensiv mit diesem Thema: Zur Koordinierung der Aktionen bildeten 18 Mitglieder – Einzelpersonen und Organisationen – eine Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe hielt das ganze Jahr über regelmäßige Telefonkonferenzen ab und nahm an einem **Workshop** teil, den das Brüsseler Team von Finance Watch am 24. Februar 2012 zum Thema „Restrukturierung des Bankensektors“ veranstaltete.

In einer **Anhörung vor dem ECON-Ausschuss** des Europäischen Parlaments am 11. Oktober 2011 nahm Generalsekretär Thierry Philipponnat zu den Gesetzgebungsvorschlägen Stellung. Seine Aufmerksamkeit galt insbesondere der Bedeutung des Verschuldungsgrads als aufsichtsrechtlichem Instrument.

Im gleichen Monat, als vermehrt befürchtet wurde, dass die Krise der Eurozone die Zahlungsfähigkeit von Banken in Europa bedrohen könnte, hob die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) vorübergehend die Eigenkapitalanforderungen auf. Am 19. Oktober 2011 veröffentlichte Finance Watch einen offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, um sicherzustellen, dass jede

Form des Schuldenabbaus von Banken nicht auf Kosten der Realwirtschaft geht. Eine Woche später erwähnte der Rat in seinen Schlussfolgerungen des Euro-Gipfels vom 26. Oktober die Notwendigkeit einer „**Überwachung des Schuldenabbaus**“. Am 8. Dezember veröffentlichte die EBA schließlich Einzelheiten über eine Rekapitalisierungsstrategie für europäische Banken, mit Empfehlungen, die Kreditvergabe an die Realwirtschaft nicht zu beschränken.

Das **Positionspapier** von Finance Watch zu CRD IV/CRR, „To end all crises?“, wurde am 2. Februar 2012 veröffentlicht. Das 38 Seiten umfassende Dokument, das die oben erwähnten Empfehlungen mit einer vollständigen Übersicht begleitender Analysen darstellt, wurde von politischen Entscheidungsträgern für seine Qualität gelobt und innerhalb kurzer Zeit in Vorschlägen von Europaabgeordneten für Gesetzesänderungen übernommen.

Im Monat darauf veranstaltete Finance Watch im Kino der Brüsseler Galerie de la Reine eine **Konferenz** („Finance and Society Conference 2012 – addressing fragility and effectiveness of the financial system“). Zu den Rednern gehörten unter anderem der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, sowie FT-Wirtschaftskomentator Martin Wolf, der Geschäftsführer der Société Générale, Frédéric Oudéa, der Präsident der EBA, Andrea Enria, der Vorsitzende

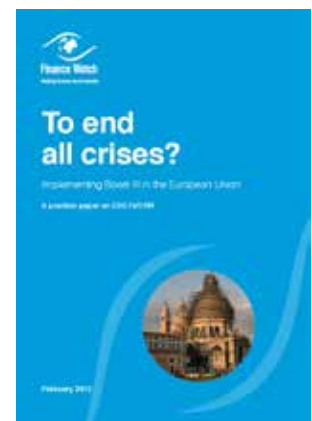
von Eurofi, Jacques de Larosière, und Anat Admati, Professorin an der Stanford University. Weitere Informationen befinden sich auf Seite 43 („Veranstaltungen“).

Aufgrund der hohen Fachlichkeit des Themas wurde Finance Watch gebeten, seine Position und die Eigenkapitalregulierung von Banken leichter verständlich zu erklären. Daraufhin veröffentlichte Finance Watch am 1. April 2012 eine **Cartoon-Version von Basel III**, die über Social Media weite Verbreitung fand und über 2000-mal auf YouTube aufgerufen wurde, sowie eine rund 20-seitige Einführung zum Thema Eigenkapital („Basel III in 5 Fragen“), die am 16. Mai 2012 im pdf-Format veröffentlicht wurde. Der Cartoon und der Leitfaden wurden in die deutsche und französische Sprache übersetzt.

Mehr zu den aktuellen Entwicklungen erfahren Sie unter „Aktive Lobby-Arbeit am Beispiel CRD IV“ auf Seite 15.



Senior Policy Analyst Frédéric Hache in einer Online-Debatte über Eigenkapitalanforderungen an Banken.



Positionspapier zu CRD IV

Schwache Vorschläge zur Schuldenbegrenzung von Banken sind in etwa so sinnvoll wie eine Höchstgeschwindigkeit im Straßenverkehr von 400 km/h.





LIIKANEN

/ BANKENSTRUKTUR

**Die Hochrangige Experten-
gruppe für Strukturreformen
im EU-Bankensektor unter
Leitung des Präsidenten der
finnischen Zentralbank, Erkki
Liikanen, wurde von der EU-
Kommission ernannt. Sie sollte
der Frage nachgehen, ob in
die derzeitige regulatorische
Agenda zur Reformierung
des EU-Bankensektors auch
Strukturreformen einbezogen
werden sollen, um sowohl die
Finanzstabilität als auch den
Verbraucherschutz zu stärken.**



Erkki Liikanen auf der Mitgliederversammlung
von Finance Watch am 20. November 2012.

GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Im November 2011 kündigte Kommissar Michel Barnier sein Vorhaben an, eine Hochrangige Expertengruppe (HLEG) einzurichten, die sich mit Frage der Notwendigkeit von Strukturreformen im EU-Bankensektor näher befassen sollte. Die Expertengruppe nahm ihre Tätigkeit im Februar 2012 auf, sie endete mit der Veröffentlichung des Abschlussberichts im Oktober 2012. Dabei bat die Gruppe interessierte Parteien im Rahmen der Konsultation über eine Bankenstrukturreform um Stellungnahmen und Beiträge. Vom 3. Mai bis 1. Juni 2012 erhielt die Gruppe 80 Antworten, darunter einen Beitrag von Finance Watch.

In ihrem Schlussbericht legte die Hochrangige Expertengruppe am 2. Oktober 2012 der Europäischen Kommission ihre fünf wichtigsten Empfehlungen vor:

- Die Eigenhandelsgeschäfte der Banken und andere umfangreiche Handelsaktivitäten sollten ab einer bestimmten Schwelle abgetrennt und einer anderen rechtlich getrennten Einheit übertragen werden (wobei diese Einheit aber weiterhin innerhalb derselben Bankengruppe verbleiben kann);

- Abwicklungsbehörden sollten eine weitergehende Trennung verlangen, wenn dies zur Erbringung grundlegender Dienstleistungen nötig ist;
- Es sollte klarer definiert werden, welche Forderungen von Bankeigentümern/-gläubigern gekürzt werden können, um die Kapazitäten zur Verlustabsorption insgesamt zu erhöhen und Gläubigern größere Sicherheit zu verschaffen;
- Risikogewichte sollten robuster sein; und
- Verschiedene Reformen zur Unternehmensführung.

Am 3. Oktober 2012 kündigte die Kommission an, dass sie öffentliches Feedback zum Bericht der Expertengruppe einholen werde. Die Konsultation wurde am 13. November 2012 beendet. Finance Watch reichte seinen Beitrag schriftlich ein. Der Arbeitsplan der Kommission für 2013 sieht vor, dass die legislativen Folgemaßnahmen, die auf Erkenntnissen der Hochrangigen Expertengruppe beruhen, im Sommer 2013 veröffentlicht werden sollen.

STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Finance Watch geht davon aus, dass die derzeitigen Gesetzgebungsinitiativen, darunter Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV), Sanierungs-/ Abwicklungsmechanismen für Banken und Bankenunion, nur in Verbindung mit Strukturreformen eine positive Wirkung entfalten.

Wenn diese Maßnahmen nicht mit einer Bankenstrukturreform einhergehen, droht das eigentliche Ziel verfehlt zu werden, und zwar den Teufelskreis zwischen Banken und Staaten zu durchbrechen. Möglicherweise werden die negativen Folgen des aktuellen „Moral Hazard“-Problems im Bankensektor nur noch vergrößert.

In seinem Konsultationsbeitrag vom November 2012 erläuterte Finance Watch, weshalb die angeblich im Gemeinwohlinteresse vorgebrachten Argumente des Bankgewerbes zugunsten des „Universalbankenmodells“ in wesentlichen Punkten falsch sind. Gleichzeitig wird dargelegt, weshalb eine Trennung der Bankenaktivitäten sowohl Investoren als auch der Wirtschaft zugutekommen würde.

Die **Reaktion von Finance Watch** auf die Empfehlungen von Liikanen, die der Kommission bei einer weiteren Konsultation übermittelt wurde, beinhaltet folgende Argumente:

- Zusätzliche Maßnahmen sind notwendig, um zu verhindern, dass Risiken nicht vom Handels- auf das Einlagengeschäft übertragen werden. Unter Stressbedingungen ist das Risiko groß, dass Eigentümer einer Finanzgruppe versucht sein könnten, die im Konzern verfügbaren Finanzmittel (z. B. der Depositenbank) dazu zu verwenden, um die Handelsaktivitäten und damit den gesamten Konzern vor der Insolvenz zu bewahren.
- Die vorgeschlagenen Schwellenwerte und Grenzen für eine Abtrennung der Handels- von den Geschäftsaktivitäten könnten verschoben werden, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Für Handelsgeschäfte schlagen wir eine Begrenzung der zu Handelszwecken gehaltenen Vermögenswerte auf 5 % vor, während der Liikanen-Bericht 15 bis 25 %

empfiehlt. So wäre es möglich, das Problem des Moral Hazard anzugehen. Unser Vorschlag geschieht auch in Anbetracht der Folgen, die es hat, wenn völlig verschiedene Geschäftsfelder unter einem Dach vereint sind, sowie der Notwendigkeit eines praktikablen Sanierungs- und Abwicklungsrahmens.

- Die im Liikanen-Bericht getroffene Feststellung, dass die Eigenkapitalanforderungen wesentlich höher gesetzt werden sollten als unter Basel III/CRD4, ist richtig und sollte sich in den Regulierungsmaßnahmen im EU-Bankensektor niederschlagen.
- Die vorgeschlagenen Änderungen bei Vergütung und Governance in Banken sind begrüßenswert, darunter die Idee, Bankangestellte u.a. mit Bail-in-Bonds zu entlohnen.

Wir glauben, dass jede Reform, die weniger ambitioniert ist als der Liikanen-Vorschlag, aus wirtschaftlicher Sicht unbedeutend wäre und, wenn überhaupt, nur geringe Auswirkungen auf die Struktur des EU-Bankensystems hätte.

Die Liikanen-Vorschläge sind nicht nur eine weitere Regulierungsinitiative; sie sind des Pudels Kern.

Die Probleme mit der Struktur von Banken, ihren Geschäftsfeldern und ihrem Umfang

haben sich sehr negativ auf die Wirtschaft in der EU ausgewirkt.

Strukturreformen sind daher ein erster, wesentlicher Schritt, um das zu korrigieren.



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Finance Watch beteiligte sich aktiv an der Debatte über Bankenstrukturreformen. Am 29. März 2012 stellte Finance Watch in einer Anhörung vor den Mitgliedern der Hochrangigen Expertengruppe die derzeitige Struktur des Bankensektors infrage: Wird der Sektor in der Lage sein, mehr Mittel darauf zu konzentrieren, dass die Bedürfnisse der Bankkunden erfüllt werden und ein ausreichender Wettbewerb zwischen den Banken besteht? Finance Watch empfahl vier Lösungen für die Schaffung eines sicheren, stabilen und effizienten Bankensystems, das die Bedürfnisse der Bürger und der EU-Wirtschaft zufriedenstellen kann. Kernpunkte sind die Verringerung des Systemrisikos und von Moral Hazard sowie die Förderung des Wettbewerbs. Am 1. Juni 2012 überreichte Finance Watch im Rahmen der Konsultation der Hochrangigen Expertengruppe eine 18-seitige Stellungnahme. Finance Watch ging darin ausführlich auf den Umfang und die Auswirkungen der Refinanzierungsvorteile von Großbanken dank einer impliziten Staatsgarantie sowie des damit verbundenen Moral Hazard ein und unterbreitete mehrere kurz- und längerfristige Lösungen, um diese Probleme in den Griff zu bekommen. Diese Lösungsvorschläge, die von einer völligen Trennung von Geschäftsfeldern bis zu einer besseren Offenlegung reichten, konzentrierten sich insbesondere darauf, den Umfang und die Nutzung von großen Bankbilanzen, die von einer impliziten Staatsgarantie profitieren, zu kontrollieren.

Am 24. Oktober 2012 wurde Finance Watch als Podiumsgast zu einem CEPS-Arbeitsessen eingeladen: „Reshaping the EU banking sector structure“ (Struktureller Umbau des EU-Bankensektors).

Einen Tag später stellte Finance Watch bei einem Treffen der GD MARKT seine Stellungnahme vor: „Why the EU needs to reform banking structure in parallel with building banking union“.

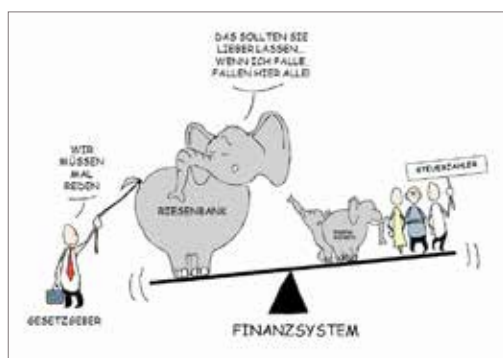
Am 13. November 2012 veröffentlichte Finance Watch einen 17-seitigen Beitrag zur Konsultation der Expertengruppe, nachdem diese ihren Schlussbericht vorgestellt hatte. Fazit: „Die Diagnose des Liikanen-Berichts ist richtig, aber die verschriebenen Medikamente könnten zu schwach dosiert sein.“

Über die Stellungnahme von Finance Watch zum Liikanen-Bericht wurde insbesondere in der französischen und belgischen Presse ausführlich berichtet, u.a. mit folgenden Schlagzeilen: „Modèle économique des banques: les six mesures de Finance Watch“ (La Revue Analyse financière de la Société française des analystes financiers, SFAF, 1. Oktober 2012), „EU review wants bank trading ringfenced“ (Financial Times, 2. Oktober 2012), „La

séparation des activités est un enjeu démocratique“ (Le Monde, 8. Oktober 2012), „Les propositions du groupe Liikanen sont un ‚strict minimum‘, selon Finance Watch“ (La Tribune, 14. November 2012), und „Liikanen : un strict minimum pour mettre les finances publiques à l’abri des faillites bancaires“ (RTBF, 29. November 2012).

Im November stellte Erkki Liikanen seine Vorschläge auf der Mitgliederversammlung von Finance Watch in Brüssel vor und nahm an der anschließenden Diskussionsrunde teil. Er vertrat u.a. die Auffassung, dass „Investmentbanking vom Geschäftsbankenbereich zu trennen ist“ und „die Gesellschaft einen neuen Sozialvertrag mit Banken braucht“.

Inzwischen kündigten mehrere EU-Länder Bankenstrukturreformen an, wodurch sie den Vorschlägen von Liikanen vorgehen könnten. Am 19. Dezember 2012 stellte Frankreich seine Reformpläne vor, es folgten Deutschland und Großbritannien. Seit Dezember 2012, als sich Finance Watch in einem offenen Brief an die politischen Entscheidungsträger in Frankreich wandte, wurde ein Dialog mit ihnen geführt, damit es zu weiterreichenden Reformplänen kommt.



ZEITPLAN

- Q3 2013**
Kommission wird voraussichtlich legislative Folgemaßnahmen veröffentlichen
- 13. November 2012**
Finance Watch veröffentlicht Beitrag zur Konsultation der Kommission
- 2. Oktober 2012**
Expertengruppe stellt der Kommission ihren Abschlussbericht vor
- 1. Juni 2012**
Schriftliche Stellungnahme von Finance Watch an die Expertengruppe
- 29. März 2012**
Stellungnahme von Finance Watch bei einer Anhörung der Expertengruppe
- Februar 2012**
Ernennung der Mitglieder der Hochrangigen Expertengruppe; Monique Goyens (BEUC), stellvertretende Vorsitzende von Finance Watch, wird in das 11-köpfige Gremium bestellt
- November 2011**
Kommission kündigt die Einrichtung einer Hochrangigen Expertengruppe zur Strukturreform des EU-Bankensektors unter Leitung von Erkki Liikanen an

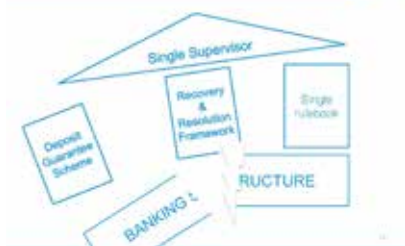
Trotz aller Vorschläge für Bankenreformen ist das Problem der systemrelevanten Banken noch nicht gelöst.



BANKENUNION

Die Europäische Bankenunion ist eine politische Vision einer stärkeren EU-Integration, durch die der Bankensektor intensiver und umfassender reguliert werden soll. Die vier Eckpfeiler der Bankenunion sind einheitliche Regeln für Finanzinstitutionen, ein einheitlicher Aufsichtsmechanismus, ein einheitliches Einlagensicherungssystem und ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus.

WHAT IF THE FOUNDATION IS NOT ROBUST?



ZEITPLAN

13. Dezember 2012

Einigung der Finanzminister über die Einrichtung eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus (mit Befugnissen der EZB und EBA)

28. November 2012

Abstimmung im ECON-Ausschuss über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (mit Befugnissen der EZB und EBA)

24. und 26. Oktober 2012

Finance Watch stellt seine Position zur Bankenunion und Bankenstruktur vor

2. Oktober 2012

Schlussbericht der Expertengruppe zur Strukturreform des EU-Bankensektors (Liikanen-Bericht)

12. September 2012

Kommission schlägt einheitlichen Aufsichtsmechanismus vor

29. Juni 2012

Staats- und Regierungschefs der Eurozone fordern legislative Maßnahmen für Bankenunion

6. Juni 2012

Kommission schlägt EU-Rahmen für Bankensanierung und -abwicklung vor

GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Das Ziel der Bankenunion ist die Förderung finanzieller Stabilität in Europa. Im Zuge der EU-Staatsschuldenkrise setzte sich die Erkenntnis durch, dass es mehr als nur nationaler Maßnahmen bedarf, um die Finanzmarktstabilität auf Dauer sicher zu stellen. Um den „Teufelskreislauf zwischen Banken und Staaten“ zu durchbrechen, bedürfte es vielmehr einer Bankenunion.

Die Staats- und Regierungschefs setzten sich beim Euro-Gipfel vom 28. bis 29. Juni 2012 zum Ziel, eine Europäische Bankenunion zu gründen. Dazu legte die Europäische Kommission eine Reihe von Vorschlägen vor:

- Konsultation über die Struktur des europäischen Bankensektors, im Anschluss an den Liikanen-Bericht, aus der ein Gesetzgebungsvorschlag hervorgehen soll;

- Gesetzgebungsvorschlag für einen Abwicklungs- und Sanierungsrahmen;
- Vorschlag für eine Bankenunion mit einem einheitlichen Aufsichtsmechanismus auf europäischer Ebene, der durch einheitliche Regeln unterstützt wird und mit einem verbesserten Einlagensicherungssystem einhergeht.

In ihrem „Fahrplan für eine Bankenunion“ stellte die Europäische Kommission am 12. September 2012 ihre Vorschläge zur Schaffung eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus vor. Bereits am 6. Juni 2012 wurde ein Abwicklungs- und Sanierungsmechanismus empfohlen. Die von Erkki Liikanen geleitete Hochrangige Expertengruppe zur Strukturreform des EU-Bankensektors veröffentlichte schließlich ihren Bericht am 2. Oktober 2012.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Die Bankenunion kann ein wichtiger Schritt beim Aufbau eines krisenresistenten EU-Bankensektors sein, sofern mehrere andere Bedingungen erfüllt werden. Finance Watch ist der Ansicht, dass jeder dieser Vorschläge wesentlicher Bestandteil des Gesamtrahmens ist, dass aber die Probleme durch eine Europäische Bankenunion allein nicht gelöst werden können; vielmehr müsste sie durch eine tiefgreifende Bankenstrukturreform und die Schaffung geeigneter Abwicklungsmechanismen für zahlungsunfähige Banken begleitet werden.

Der Vorschlag für eine Bankenunion geht auf das Moral Hazard-Problem nicht ein: Er delegiert es lediglich an die europäische Ebene. Die Bankenunion für sich allein genommen könnte Moral Hazard sogar befördern, sofern es keine ausreichend finanzierten Maßnahmen zur Krisenbewältigung und Bankenabwicklung gibt, kein robuster Bail-in-Mechanismus eingeführt wird und Banken nicht zur strukturellen Trennung von normalen Bankgeschäften und Investmentbanking verpflichtet sind.



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Im Oktober 2012 sprach Thierry Philipponnat, Generalsekretär von Finance Watch, auf dem Dritten Finanzethik-Kongress „Finethikon“ in Zürich sowie auf einer Konferenz der EU-Kommission (GD Binnenmarkt und Dienstleistungen) über die Probleme des Moral Hazard und der Bankenstruktur, die bei der Schaffung der europäischen Bankenunion zu berücksichtigen sind. In seinem **Vortrag** gab er einen Überblick

über die drei eng miteinander verknüpften Reforminitiativen (Bankenunion, Sanierungs-/ Abwicklungsmechanismus, Bankenstruktur) und zeigte Möglichkeiten auf, wie die Bankenunion funktionieren könnte:

1. Bankenstrukturreformen mit Blick auf eine drastische Reduzierung von Moral Hazard und der Gefahr, die davon für Abwicklungs-/Aufsichtsmechanismen ausgeht;

2. Einsetzung von Abwicklungsmechanismen, die eine Bankeninsolvenz zulassen, ohne dass dies auf Kosten der Steuerzahler geschieht;
3. angemessene Verwaltungsstruktur und Rechenschaftspflicht der einheitlichen Aufsichtsbehörde.

SCHATTENBANKEN



GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Die Debatte über die Regulierung der Schattenbanken wurde von den G20-Chefs 2010 in Seoul angestoßen und in den Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens 2011 in Cannes aufgegriffen. Die Zuständigkeit für die Überwachung der Schattenbanken wurde dem Financial Stability Board (FSB) übertragen, der **fünf regulatorische Arbeitsgruppen** zur Entwicklung politischer Empfehlungen einsetzte. Die fünf Arbeitsgruppen, die fast alle im letzten Quartal 2012 ihren Bericht vorgelegt haben, befassten sich mit folgenden Themen:

- Wechselwirkungen zwischen Banken und Schattenbanken (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht – BCBS)
- Minderung der Systemrisiken von Geldmarktfonds (IOSCO)
- Bewertung bestehender Verbriefungsbestimmungen (IOSCO und BCBS)
- sonstige Schattenbanken (FSB)
- Wertpapierleih- und Repogeschäfte (FSB)

Die EU-Kommission gab am 19. März 2012 ein **Grünbuch** über Schattenbanken heraus. Darin vermittelt sie einen Überblick über die derzeitigen Initiativen in diesem Bereich und analysiert offene Fragen. Daraus soll ein Vorschlag für einen geeigneten Regulierungsrahmen und ein Aufsichtssystem hervorgehen.

Das EU-Parlament verabschiedete am 20. November 2012 im Plenum einen nicht legislativen Bericht über Schattenbanken. Darin werden verschiedene Möglichkeiten empfohlen, um Systemrisiken zu identifizieren: Aufbau einer zentralen EU-Datenbank über Repogeschäfte, Einrichtung eines Zentralregisters für Risikotransfers und Einführung von Maßnahmen zur Konsolidierung von außerbilanziellen Gesellschaften, wie zum Beispiel strukturierte Anlageinstrumente (SIV) und bankeigene Zweckgesellschaften, zu Rechnungslegungszwecken.

Die legislativen Folgemaßnahmen der Kommission werden im zweiten Quartal 2013 erwartet.

Nach der Definition des Financial Stability Board (FSB) sind Schattenbanken ein System zur Kreditvermittlung, das Unternehmen und Aktivitäten außerhalb des regulären Bankensystems und dessen Regulierung umfasst. Zu den Schattenbanken gehören unter anderem Special Purpose Vehicles (SPVS), Conduits and Special Investment Vehicles (SIVS), die oft von Banken finanziert werden, Exchange Traded Funds (ETF) und bestimmte Hedgefonds.



ZEITPLAN

20. November 2012
Parlament verabschiedet nicht legislativen Bericht im Plenum

14. August 2012
Parlamentsberichterstatter MdEP Saïd El Khadraoui (S&D, Belgien) stellt Berichtsentwurf vor

1. Juni 2012
Finance Watch antwortet auf die Konsultation der Kommission

19. März 2012
Konsultation der Kommission zum Grünbuch über Schattenbanken

27. Oktober 2011
FSB-Bericht über Schattenbanken an die G20

STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Die prozyklische Versorgung der Wirtschaft mit zusätzlichen Krediten durch Schattenbanken kann mehrere Risiken für das Finanzsystem in sich bergen: von erheblichen zusätzlichen Hebelfinanzierungen, die sich trotz enger Verflechtung mit dem traditionellen Bankensystem der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden entziehen, bis zu einer Schwächung der

Eigenkapitalregulierung, da Schattenbanken zu einem erheblichen Grad nur zu Zwecken der Aufsichtsbeiträge bestehen.

Das vorrangige Ziel der Regulierung in diesem Bereich ist nicht, die Kreditvermittlung durch bankfremde Einrichtungen vollständig zum Erliegen zu bringen, sondern die entstehenden Risiken zu überwachen und anzugehen.

AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Finance Watch organisierte am 13. März 2012 einen **Workshop für Mitglieder** zum Thema Schattenbanken und veröffentlichte am 1. Juni 2012 einen 16-seitigen **Beitrag zur Konsultation der Kommission** zum Grünbuch.

In seiner Antwort auf die Konsultation wurden die bestehenden Regulierungsinitiativen weitestgehend befürwortet und einige zentrale Risikobereiche identifiziert: neue Übertragungskanäle; Interessenkonflikte in Bereichen

wie Hypothekenverbriefung; fragwürdige Übertragung von Kreditrisiken; und Beitrag der Schattenbanken zur Prozyklizität.

Außerdem spricht sich Finance Watch für weitere Regulierung und Ressourcen aus, die Aufsichtsbehörden bei der Überwachung der neuen Vorschriften und ihrer unbeabsichtigten Folgen helfen sollen. Finance Watch warnt vor Aufsichtsbeiträgen zwischen den USA und der EU und forderte z.B.

Rücknahmebeschränkungen, um Geldmarktfonds vor Anstürmen zu schützen.

Zudem wurden Maßnahmen gefordert, um die Risiken bei Wertpapierleihgeschäften/-pensionsgeschäften und der Weiterverpfändung von Kundenvermögen zu verringern, um jene Risiken offenzulegen, denen Banken durch sog. „Covered Bonds“ ausgesetzt sind, und um längere Aufbewahrungsfristen für Verbriefungen zu gewährleisten.

Der nichtlegislative Parlamentsbericht griff trotz des massiven Lobbyings der Finanzindustrie viele Empfehlungen von Finance Watch auf. Diese betreffen v.a. Ratings, Wertpapierpensionsgeschäfte und die Belastung von Vermögenswerten. Das Parlament forderte zudem die Kommission auf, die Auswirkungen von (verstärkten) ETF-Investitionen auf die Finanzmärkte zu untersuchen.



MIFID II

/ RICHTLINIE ÜBER MÄRKTE FÜR FINANZINSTRUMENTE

Die Überprüfung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) zielt darauf ab, die Effizienz, Stabilität und Transparenz der Finanzmärkte zu erhöhen. Es handelt sich um eine wegweisende Finanzmarkt-reform für die EU, die Themen wie Marktstruktur, außerbörslichen Derivatehandel, Hochfrequenzhandel, Spekulation mit Rohstoffderivaten und Anlegerschutz abdeckt.



ZEITPLAN

Ende 2013

Vorläufiger Termin für die gesetzliche Einigung

Sommer 2013

Vorläufiger Termin für die Aufnahme der Trilog-Verhandlungen

26. Oktober 2012

Parlament verabschiedet Verhandlungsposition im Plenum

11. Oktober 2012

Veranstaltung von Finance Watch im EU-Parlament zum Thema Positionslimits

10. Oktober 2012

Finance Watch/Konferenz "Financial Markets – Serving the real economy?"

18. September 2012

Finance Watch/CEPS-Veranstaltung im EU-Parlament zum Thema Verkaufsanreize

29. Mai 2012

Stellungnahme von Finance Watch im House of Lords

24. April 2012

Positionspapier von Finance Watch zu MiFID II: „Investing not betting“

16. März 2012

Vorlage des Parlamentsentwurfs an ECON durch MdEP Markus Ferber (EVP, Deutschland)

13. Januar 2012

Finance Watch beantwortet Fragebogen des Parlaments zu MiFID II

5. Dezember 2011

Stellungnahme von Finance Watch in ECON-Anhörung zu MiFID II

20. Oktober 2011

Kommission veröffentlicht MiFID-Überarbeitungsvorschläge

GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Die Europäische Kommission veröffentlichte im Oktober 2011, sieben Jahre nach Annahme der ursprünglichen MiFID-Regelungen, ihre Vorschläge zur Änderung der Finanzmarktregeln. Die Liberalisierung der europäischen Finanzmärkte in der Folge von MiFID hatte unter anderem diese Auswirkungen:

- Zerstreung der Liquidität über eine zunehmende Zahl von Handelsplätzen
- Entwicklung von Dark Pools und außerbörslichem Handel (weniger Transparenz durch komplexere Produkte)
- Zunahme des Hochfrequenzhandels

Um den Regulierungsrahmen für diese neuen Entwicklungen zu verbessern und die Aus-



Philip Stafford von der Financial Times spricht mit Benoît Lallemand über Hochfrequenzhandel.

wirkungen der Finanzkrise zu bewältigen, zielt MiFID II darauf ab...

- den Handel mit „standardisierten“ Derivatekontrakten in geregelte Märkte (Börsen und andere Handelsplattformen) zu verlagern und die „EMIR“-Anforderungen zu erhöhen, so dass der außerbörsliche Derivatehandel zentral abgewickelt werden kann;
- weniger Ausnahmen bei Vorhandels-Transparenzvorschriften zuzulassen, durch die sich die Beliebtheit von Dark Pools vergrößert hat (in denen vor dem eigentlichen Handel weder Preise noch Volumen öffentlich sichtbar sind);
- den Hochfrequenzhandel und die überzogene Spekulation mit Rohstoffderivaten (vor allem mit Agrarprodukten) zu beschränken und
- den Verbraucherschutz für Kleinanleger beim Erwerb von Finanzprodukten zu verbessern.

Nach Erörterung von über 2.000 Änderungsanträgen verabschiedete das Parlament im Oktober 2012 einen überarbeiteten MiFID-II-Text. Die Verhandlungen mit den Arbeitsgruppen des Rates dauern 2013 an, und eine endgültige Einigung wird gegen Ende 2013 erwartet, nachdem sich Parlament und Rat auf einen gemeinsamen Text verständigt haben werden.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Seit MiFID kehren immer mehr individuelle und institutionelle Anleger den öffentlichen Märkten den Rücken, um miteinander „außerbörslich“ oder auf „dunklen“ Handelsplätzen Geschäfte abzuschließen, was die Preisbildung beeinträchtigt. Finance Watch will die Ausnahmeregelungen beenden, die dem Dark Trading einen Aufschwung bescherten, und stattdessen den Handel an „sichtbare“ Märkte zurückbringen, um ihre Qualität zu verbessern. Eine Mischung aus Marktzersplitterung und neuen Technologien führte zum ultraschnellen algorithmischen Handel. Durch Technologie wurden die Margen zwar kleiner, sie ermöglicht aber auch missbräuchliche und riskante Handelsstrategien, die von Hochfrequenzhändlern ausgenutzt werden und letztlich die Preisgestaltung durch traditionelle Anleger beeinträchtigen. So gestatten die Börsen Unternehmen, die Hochfrequenzhandel betreiben, das Aufstellen ihrer Server in unmittelbarer Nähe zu den Börsenservern, was ihnen einen Tempovorteil verschafft, sowie Zugang zu anderen, teuren Dienstleistungen, z.B. eine erweiterte, umfassende Ansicht des Orderbuchs.

Finance Watch fordert, dass Aufsichtsbehörden die nötigen Werkzeuge erhalten, um sicherzustellen, dass alle Händler gleich behandelt werden, um Handelsalgorithmen zu prüfen und um Gebühren und Quoten zur Bekämpfung missbräuchlicher Strategien festzulegen.

Die Beliebtheit von Rohstofffonds trug wesentlich zur erhöhten Volatilität der Nahrungsmittelpreise bei und verursachte dadurch letzten Endes auch deren Anstieg für Endverbraucher. Finance Watch tritt für „Positionslimits“ ein, mit denen die Positionen von Spekulanten auf diesen Märkten (die zu Hedging-, nicht zu Spekulationszwecken geschaffen wurden) begrenzt werden können, und schlägt ein völliges Verbot von Finanzprodukten vor, deren einziges Ziel die Nachbildung von Rohstoffpreisindizes ist.

Finanzberater, die Anlageprodukte an Privatkunden verkaufen, befinden sich manchmal in einem Interessenkonflikt. Daher befürwortet Finance Watch ein Verbot von Verkaufsprovisionen, die Berater dazu veranlassen können, eher solche Produkte zu empfehlen, von denen sie profitieren, anstatt jene, die für den Kunden besser geeignet sind.



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Am 5. Dezember 2011 nahm der Generalsekretär von Finance Watch, Thierry Philipponnat, an einer öffentlichen Anhörung vor dem ECON-Ausschuss im EU-Parlament teil, auf der er sich dazu äußerte, inwieweit die Finanzmärkte im Dienst der Gesellschaft und der Realwirtschaft stehen. Über die ursprüngliche MiFID-Gesetzgebung sagte er: „Nach Ansicht von Finance Watch ist MiFID I entgegen den Absichtserklärungen weit von dem Ziel entfernt, Marktgleichheit, Transparenz, Liquidität und preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, um dadurch den Zugang von Unternehmen zu den Kapitalmärkten zu erleichtern und Anleger zu schützen“.

Am 13. Januar 2012 reichte Senior Policy Analyst Benoît Lallemand eine 15-seitige Antwort auf den **Fragebogen** von Berichterstatter MdEP Markus Ferber (EVP, Deutschland) ein. Die Fragen gaben Finance Watch Anlass, einige seiner Empfehlungen zu MiFID vorzustellen.

Die gesamten technischen Empfehlungen von Finance Watch wurden am 24. April in einem 62-seitigen **Positionspapier („Investing not betting“)** veröffentlicht, das auf einer Reihe von Fallstudien beruht. Darin werden die Praktiken offenbart, die Hochfrequenzhandel, Rohstoffindex-Anlagen und Dark

Trading zugrunde liegen, und es wird erklärt, wie dadurch der Beitrag der Finanzmärkte zur Realwirtschaft gefährdet wird.

Das Positionspapier widerlegt einige weit verbreitete Annahmen:

(i) Der Wettbewerb um die Handelsplätze bringt keinen Nutzen für die Wirtschaft; (ii) durch Hochfrequenzhandel wird keine Liquidität erzeugt; (iii) Rohstoffindexfonds sind keine Anlageprodukte; (iv) die Offenlegung von Verkaufsanreizen reicht nicht, um Interessenkonflikte zu lösen.

Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen zu Rohstoffspekulation, Hungerrevolten und sozialen Unruhen, zu den Auswirkungen des Hochfrequenzhandels auf Rohstoffderivate und diesbezügliche Wechselwirkungen am Aktienmarkt, zur Geschichte der Demutualisierung der Börsen und zur Effizienzentwicklung von Finanzmärkten im Laufe der Zeit werden darin vorgestellt.

Das Positionspapier umfasst ein Kapitel mit Erläuterungen über die Rolle und die gesellschaftliche Funktion von Finanzmärkten sowie kurze Hintergrundinformationen über MiFID und eine leicht verständliche Zusammenfassung.

Zu dem Bericht wurde auf der Website auch begleitendes Informationsmaterial für die Öffentlichkeit und die Presse bereitgestellt, insbesondere nicht-technische Erläuterungen zu den Themen Hochfrequenzhandel und Rohstoffspekulation.

Über die Stellungnahme von Finance Watch zu MiFID wurde ausführlich in den **Medien** – insbesondere in der Fachpresse – berichtet. Einige der Schlagzeilen lauteten: „Widespread belief MiFid II set to fail retail investors“ (Financial Times, 29. Januar 2012), „MiFID 2-MiFIR: Finance Watch spells out recommendations“ (Europolitics, 25. April 2012), „Protagonists battle over MiFID II outcome“

(Marketsmedia.com, 26. April 2012) und „MiFID II set for an early arrival“ (Financial Times, 14. Oktober 2012). Im Fokus standen dabei vor allem die Themen Hochfrequenzhandel und Rohstoffspekulation.

Am 29. Mai sprach Finance Watch vor einem Ausschuss des House of Lords, der im Rahmen der rechtlichen Prüfung der MiFID-II-Regelungen durch den britischen Gesetzgeber tagte.

Am 18. September organisierte Finance Watch mit dem Brüsseler Think Tank CEPS eine **Veranstaltung im EU-Parlament** mit dem Titel „Moving forward on investor protection“, die gemeinsam von den Schattenberichterstattern Sven Giegold (Grüne, Deutschland), Sirpa Pietikäinen (EVP, Finnland), Anni Podimata (S&D, Griechenland), Olle Schmidt (ALDE, Schweden) und Kay Swinburne (ECR, Großbritannien) ausgerichtet wurde. Zu den Rednern gehörten Steven Majoor von der ESMA, Theodor Kockelkoren von der niederländischen Aufsichtsbehörde AFM und Alison Gay, Leiterin des Verbraucherpanels der britischen Finanzdienstleistungsaufsicht (FSA). Steven Majoor unterstützte nachdrücklich den Vorschlag von Finance Watch für ein Verbot von Verkaufsanreizen.

Am 10. Oktober, als die Kompromissposition des Parlaments nahezu feststand und sich die Aufmerksamkeit allmählich auf den Beginn der Kompromissgespräche im Rat richtete, organisierte Finance Watch in Brüssel eine **öffentliche Konferenz** mit dem Titel „Financial Markets – Serving the Real Economy?“. Hauptredner waren Nadia Calviño, stellvertretende Generaldirektorin für Finanzdienstleistungen, GD Binnenmarkt und Dienstleistungen, EU-Kommission; MdEP Markus Ferber (EVP, Deutschland, und MiFID-Berichterstatter); Thierry Francq, Generalsekretär, AMF;

Laurent Degabriel, Referatsleiter, Investment and Reporting, ESMA.

Bei der Veranstaltung fanden Podiumsdiskussionen zu den Themen Hochfrequenzhandel und Rohstoffhandel statt. Zwischen den Vertretern von Aufsichtsbehörden auf der einen und Branchenvertretern auf der anderen Seite kam es zum Teil zu hitzigen Debatten, die von Pauline Skypala von der Financial Times und Benoît Lallemand von Finance Watch moderiert wurden. Alle Konferenzmaterialien, einschließlich einer interaktiven Video-Zusammenfassung, sind auf der Website zu finden.

Einen Tag danach organisierte Finance Watch eine **geschlossene Veranstaltung im EU-Parlament**, die sich an politische Entscheidungsträger richtete und an der die Abgeordneten Olle Schmidt (ALDE, Schweden), Sven Giegold (Grüne, Deutschland) und Arlene McCarthy (S&D, Großbritannien) teilnahmen („MiFID II and beyond: a public interest perspective on market structure, high-frequency trading and commodities markets“). Es gab hochrangigen Experten, die die Ansichten von Finance Watch teilen, die Möglichkeit, mit EU-Abgeordneten und Kommissionsvertretern zusammenzutreffen.

Die Veranstaltung wurde gut angenommen und festigte die Arbeitsbeziehungen zu den Themen. Mitarbeiter und Mitglieder von Finance Watch arbeiteten das ganze Jahr im Rahmen einer **MiFID-Arbeitsgruppe** zusammen, um den EU-Abgeordneten ihre technischen Empfehlungen nahezubringen. Bei regelmäßigen Telefonkonferenzen wurden Lobbying- und fachliche Fragen diskutiert. Gemeinsam wurde erreicht, durch Lobbying und Kampagnen auf nationaler und EU-Ebene den Rat und das Parlament dahin zu bewegen, Positionslimits in ihre Textvorschläge aufzunehmen.





BENCHMARKS

„Benchmark“ bezeichnet einen Handelsindex oder einen veröffentlichten Wert, der durch Anwendung einer Formel auf den Wert eines oder mehrerer Basiswerte oder -preise – einschließlich geschätzter Preise, Zinssätze oder sonstiger Werte – oder auf Erhebungsdaten berechnet wird und auf den bei der Festsetzung des für ein Finanzinstrument zu entrichtenden Betrags Bezug genommen wird (Definition der Europäischen Kommission).



Der LIBOR-Skandal schockierte die Aufsichtsbehörden genauso wie die Öffentlichkeit. Er führte zu zahlreichen Gerichtsverfahren mit hohen Streitwerten.



ZEITPLAN

29. November 2012

Finance Watch antwortet auf die Konsultation der Kommission

24. September 2012

Stellungnahme von Finance Watch in einer ECON-Anhörung

17. September 2012

Finance Watch beantwortet den Fragebogen des Parlamentsberichterstatters

5. September 2012

Kommission startet Konsultation über neuen Rechtsrahmen für Benchmarks

25. Juli 2012

Kommission schlägt zusätzliche Änderungen an der Marktmissbrauchsrichtlinie vor

AKTIVITÄT IM VORFELD DER GESETZGEBUNG

Meldungen, nach denen mehrere Großbanken den LIBOR, einen weitverbreiteten Benchmarkzinssatz, manipulierten, sorgten für Schlagzeilen und gaben Anlass zu aufsichtsrechtlichen Ermittlungen auf einer Reihe von Märkten, die Benchmarks festlegen.

Aufsichtsbehörden und Gesetzgeber führten stichprobenartige Untersuchungen von Zinssatzbenchmarks wie LIBOR, EURIBOR und TIBOR sowie der Preise auf den Rohstoffmärkten durch, um festzustellen, inwiefern sie manipulierbar sind.

Im Juli 2012 schlug die EU-Kommission Änderungen an der EU-Marktmissbrauchsrichtlinie (MAD) vor, die sich bereits in der Überarbeitung befand, um Benchmark-Manipulationen zu verbieten und diesen Tatbestand in das strafrechtliche Sanktionssystem aufzunehmen.

Die Berichterstatterin des EU-Parlaments führte zu dem Thema eine Befragung durch („Lessons and reform post Libor/Euribor“) und organisierte im September 2012 eine Expertenanhörung im ECON-Ausschuss.

Im gleichen Monat veröffentlichte die Kommission im Vorfeld der Gesetzgebungsphase eine Konsultation über „einen möglichen Rahmen für die Regulierung der Produktion und Verwendung von Indizes, die als Benchmarks für finanzielle und andere Verträge dienen“.

Auf internationaler Ebene richteten die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und die Internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) Sondergruppen ein, um in Abstimmung mit dem Financial Stability Board Themen und politische Maßnahmen bezüglich Benchmarks zu analysieren.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Benchmarks in der Finanzwirtschaft, darunter Rohstoffindizes, sind in den meisten Fällen de facto öffentliche Güter. Sie beeinflussen Investitionen und Hypotheken und an Rohstoff- und Zinsentwicklungen gebundene Geschäftsverträge. Sie tragen damit zur Preisbildung von Gütern und Dienstleistungen bei.

Daher gilt es, ihren sozialen Nutzen zu maximieren und die Möglichkeit ihres Missbrauchs genauestens zu überprüfen.

Derzeit gibt es eine Regulierungslücke:

Finanzinstrumente sind reguliert, nicht aber die Benchmarks, die ersteren häufig zugrunde liegen.

Finance Watch fordert, dass alle Benchmarks und Indizes einer Regulierung und strengen

Beaufsichtigung unterliegen; dazu sind Regulierungsbefugnisse notwendig, um deren Bewertung und Berechnung zu beaufsichtigen und um verantwortliche Unternehmen und Personen für Versäumnisse, die Anlegern und Verbrauchern Verluste bescheren, zur Rechenschaft zu ziehen.

Indizes sollten, soweit möglich, auf Basis von realen Transaktionspreisen, nicht von statistischen Erhebungen oder Umfragen berechnet werden, um Manipulationen zu erschweren.

Finance Watch bat die Kommission außerdem zu überprüfen, inwieweit Rohstoffindexfonds die Preisbildung auf Rohstoffmärkten verzerren.



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Am 17. September 2012 reichte Finance Watch eine 13-seitige Antwort auf einen Fragebogen des Parlaments ein, der von der Berichterstatterin Arlene McCarthy (S&D, Großbritannien) verfasst wurde.

Am 24. September sprach der Generalsekretär von Finance Watch, Thierry Philipponnat,

in einer öffentlichen Anhörung vor dem **ECON-Ausschuss** des Europäischen Parlaments zum Thema „Tackling the culture of market manipulation - Global action post Libor/Euribor“. Die weiteren geladenen Experten waren Gary Gensler, Vorsitzender von US CFTC; Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen; Joaquín

Almunia, EU-Kommissar für Wettbewerb; Masamichi Kono, IOSCO-Vorsitzender; Daniel L. Doctoroff, CEO Bloomberg; Joanna Cound, Blackrock; und Andrew Farrell, JMW Solicitors.

Am 29. November 2012 reichte Finance Watch im Rahmen der **Konsultation** der Kommission einen 30-seitigen Beitrag ein.

LEERVERKÄUFE

UND BESTIMMTE ASPEKTE VON CREDIT DEFAULT SWAPS



GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Leerverkäufe und der Handel mit „ungedeckten“ CDS wurden in immer größerem Umfang eingesetzt, um während der Finanzkrise gegen Aktien großer europäischer Banken und gegen Staatsschulden von EU-Ländern zu spekulieren. Die dadurch verursachte Instabilität der Märkte gab nationalen Aufsichtsbehörden in ganz Europa Anlass zu einer Reihe von Verboten und Einschränkungen.

Im September 2010 legte die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung vor, um diese Maßnahmen in einem gemeinsamen Regulierungsrahmen zu bündeln. Ziel war eine EU-weite Angleichung von Leerverkaufsvorschriften, die Angleichung von Aufsichts-

befugnissen bei erheblicher Gefährdung der finanziellen Stabilität und eine engere Abstimmung zwischen den Staaten in diesen Fällen.

Der vorgeschlagene Text sieht u.a. Verbesserungen bei der Offenlegung von Short-Positionen und Beschränkungen „ungedeckter“ Short-Positionen für bestimmte Wertpapiere vor. „Ungedekte“ Leerverkäufe liegen vor, wenn ein Wertpapier verkauft wird, ohne dass sich der Verkäufer mit einer Sicherheit in gleicher Höhe „eindecken“ muss, um seine Position abzusichern. Mit „ungedeckten“ CDS erwerben Spekulanten eine Absicherung gegen den Ausfall eines Kredits (oder einer Anleihe), den (oder die) sie gar nicht besitzen.

Leerverkäufe betreffen den Verkauf von Wertpapieren, die man nicht besitzt und sich zu einem späteren Zeitpunkt beschafft, um von einem Preisrückgang zu profitieren. Credit Default Swaps (CDS) sind Derivate zum Schutz gegen Kreditausfälle, die – vergleichbar mit einer Versicherungspolice – ausbezahlt werden, wenn ein Gläubiger (ein Unternehmen oder ein Land) zahlungsunfähig wird. Ihr Wert steigt mit zunehmender Wahrscheinlichkeit eines Kreditausfalls.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Als der Gesetzesvorschlag vorgestellt wurde, behaupteten Vertreter der Derivatebranche, durch ein Verbot ungedeckter CDS würden für Emittenten von Staatsanleihen höhere Kosten anfallen.

Dieses Argument ist technisch falsch und ein weiterer Beleg dafür, dass der Prozess der politischen Entscheidungsfindung gefährdet ist, wenn eine Branchenlobby versucht, Eigeninteressen hinter angeblichen Gemeinwohlinteressen zu verbergen.

Ungedekte CDS verringern nicht die Kosten für Emittenten von Staatsanleihen im Primärmarkt,

da keine zugrunde liegenden Staatsanleihen gekauft werden. Auch die CDS-Liquidität am Sekundärmarkt kann sich nicht verbessern, ohne gleichzeitig instabile Marktbedingungen zu verursachen; dies war zum Beispiel der Fall, als der US-Versicherer AIG bankrott zu gehen drohte. Obwohl Sovereign CDS (CDS auf Staatsanleihen) nicht die Ursache der Schuldenkrise sind, können sie zur Verschärfung von Kreditklemmen beitragen, indem sie einen automatischen „Beschleunigungseffekt“ nach unten erzeugen.



Erstes Positionspapier von Finance Watch



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Im EU-Parlament wurde der Gesetzgebungsprozess aufgehalten, nachdem die Abgeordneten im Juli 2011 beschlossen hatten, ihre endgültige Abstimmung im Plenum zu vertagen, um für die Verhandlungen mit dem Rat mehr Zeit zu gewinnen. Eine Woche darauf veröffentlichte Finance Watch ein 8-seitiges **Positionspapier**: „Why sovereign credit default swaps do not lower the cost of funding of sovereign borrowers“. Darin wurden Argumente widerlegt, wonach der Einsatz ungedeckter CDS die Kapitalkosten für

Emittenten von Staatsanleihen verringern würde.

Der nach den Kompromissverhandlungen angenommene Text spiegelte den Standpunkt von Finance Watch wider und führte für ungedeckte Leerverkäufe von Aktien und Staatsanleihen und den Handel mit ungedeckten CDS für Staatsschulden Beschränkungen ein.

Die Beschränkungen für CDS erwiesen sich jedoch als relativ ineffektiv, da sich die Finanzindustrie mit ihren Forderungen nach Ausnahmen für Sovereign CDS durchsetzen konnte: Danach sei es nicht

notwendig, den Besitz von Staatsanleihen nachzuweisen, wenn der Inhaber belegen kann, dass er im Besitz eines mit Staatsanleihen „hochgradig korrelierten“ Vermögenswertes ist. Auf der „Stufe 2“ des Gesetzgebungsprozesses wurde dann festgelegt, dass eine „hochgradige Korrelation“ (80 %) zwischen einem Short und einem Long ausreicht, um von einer Deckung zu sprechen. Diese Entscheidung führt zu einer erheblichen Schwächung des Gesetzes und öffnet der ungedeckten Spekulation mit Sovereign CDS Tür und Tor.



ZEITPLAN

- 21. Februar 2012**
Rat billigt interinstitutionelle Vereinbarung
- 15. November 2011**
Annahme der Einigung im Plenum
- 18. Oktober 2011**
Parlament und Rat bilden Kompromiss
- 11. Juli 2011**
Finance Watch veröffentlicht sein Positionspapier
- 7. März 2011**
ECON-Ausschuss nimmt Verhandlungsposition an, vom EU-Abgeordneten Pascal Canfin (Grüne, Frankreich) ausgearbeitet
- 15. September 2010**
Kommission veröffentlicht Verordnungsentwurf



PRIPS

/ ANLAGEPRODUKTE FÜR KLEINANLEGER

Die EU-Kommission legte einen Vorschlag für eine Verordnung über „Basisinformationsblätter für Anlageprodukte“ vor, der Anbietern von Anlageprodukten vorschreibt, Kleinanleger in einem Dokument in übersichtlicher Form und klarer Sprache über das Produkt noch vor dessen Erwerb zu informieren. Sie soll zur Verständlichkeit von Finanzinformationen beitragen und Vergleiche zwischen Anlageprodukten erleichtern. Dieses Dossier kürzen wir mit „PRIPs“ (Packaged Retail Investment Products) ab.



ZEITPLAN

- Juli 2013**
Abstimmung im Plenum (frühest möglicher Zeitpunkt)
- Juni 2013**
Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission
- 27. Mai 2013**
Abstimmung im ECON-Ausschuss
- Q2 2013**
Kompromissverhandlungen zwischen Europaabgeordneten
- Q2 2013**
Diskussionen zwischen Mitgliedstaaten (voraussichtlich)
- 20. Dezember 2012**
Veröffentlichung eines Berichtsentwurfs durch Pervenche Berès (S&D, Frankreich)
- 6. November 2012**
Meinungsaustausch im ECON-Ausschuss des EU-Parlaments
- 31. Oktober 2012**
Finance Watch veröffentlicht sein Positionspapier
- 3. Juli 2012**
Vorschlag der Kommission

GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Als Reaktion auf das schwindende Vertrauen der Verbraucher in den Finanzmarkt und die zunehmende Komplexität von Finanzprodukten sah die EU-Kommission Handlungsbedarf bei den Informationen für Kleinanleger: Finanzinformationen sind oft voller Fachbegriffe, zu lang, für Anleger unverständlich und je nach Produkten unterschiedlich gestaltet.

Der Vorschlag bezieht sich auf „verpackte Anlageprodukte“, darunter OGAW-Fonds (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren – besser bekannt als „Investmentfonds“), Nicht-OGAW-Fonds, Versicherungsprodukte mit Bezug zu Finanzprodukten und andere Arten strukturierter Anlageprodukte für Kleinanleger.

Nach dem Vorschlag sind Anbieter von Anlageprodukten verpflichtet, ein kurzes Basisinformationsblatt zu erstellen, das die wesentlichen Informationen über ein Finanzprodukt zusammenfasst. Dieses Dokument ist Kleinanlegern zu geben, bevor sie ihre Investition tätigen.

Das Basisinformationsblatt ähnelt dem Dokument, das bereits für OGAW, der größten Kategorie von Anlageinstrumenten, die unter diesen Vorschlag fallen, benutzt wird. Es soll dazu beitragen, dass Verbraucher die Anlageprodukte besser verstehen, ihre Risiken und Kosten vergleichen und fundierte Entscheidungen treffen.

Die Verordnung wurde im Juli 2012 vorgeschlagen.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Nach Ansicht von Finance Watch sollte der Vorschlag der EU nicht nur das Basisinformationsblatt einführen, da für einen wirksamen Anlegerschutz bessere Informationen nicht ausreichen.

Forschungsergebnisse zeigen, dass Kleinanleger beim Kauf von Anlageprodukten nicht rational entscheiden: Sie werden dabei oft durch spontane Eindrücke und Gefühle beeinflusst und sind v.a. auf die Beratung durch die Verkäufer angewiesen, die ihrerseits nicht immer mit den Risiken der von ihnen angebotenen Produkte vertraut sind.

Nach unserer Auffassung sollte der Vorschlag Regeln festschreiben, die verhindern, dass Kleinanlegern ungeeignete Produkte angeboten werden. Das ist beispielsweise der Fall, wenn die Produkte zu kompliziert sind, ungewöhnliche Risiken bergen oder Merkmale enthalten, die Verhaltensmuster ausnutzen.

Die Anlagerisiken lassen sich nicht in aussagefähige Klassen oder Zahlen kategorisieren. Wir empfehlen, den „zusammenfassenden Risikoindikator“, der derzeit durch eine Zahl von

1 bis 7 dargestellt wird, durch eine Reihe möglicher Risikoszenarien zu ersetzen.

Die Gebühren spiegeln nur einen Teil der Kosten für strukturierte Produkte wider; andere Kosten werden bereits in die Produktentwicklungsphase einberechnet. Sie werden nie offengelegt, sondern vielmehr durch eine zusätzliche Risikoübernahme der Anleger finanziert und nicht im Voraus beglichen. Da auch diese Kosten den Ertrag für den Anleger verringern, sollten sie nach unserer Auffassung offengelegt werden, z.B. dadurch, dass im Basisinformationsblatt die theoretische Gewinnspanne bei Fälligkeit der Produkte angegeben wird.

Anlageprodukte haben sowohl finanzielle als auch soziale Auswirkungen, indem durch sie Kapital produktiven und/oder unproduktiven Verwendungszwecken zugeführt wird. Angesichts der Tatsache, dass der Markt der „verpackten Anlageprodukte“ einen Wert von 9 Billionen EUR darstellt, empfiehlt Finance Watch, sie klar als „Investitionen“ oder „Wetten“ zu kennzeichnen.

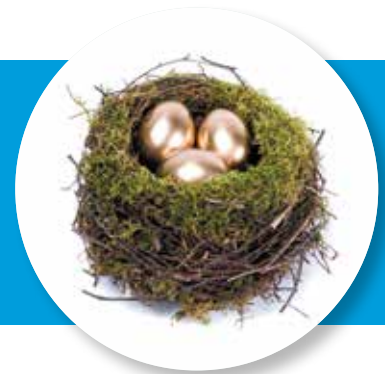


AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Am 31. Oktober 2012 veröffentlichte Finance Watch ein 40-seitiges **Positionspapier** über PRIPs („Towards suitable investment decisions? Improving information disclosure for retail investors“). Im Berichtsentwurf

des EU-Parlaments wurden viele unserer Ideen aufgegriffen und andere als Änderungsanträge eingereicht. Bei Erstellung des Jahresberichts lagen alle Ideen, die wir in unserer Stellungnahme vorgestellt hatten, den EU-

Abgeordneten zur Prüfung vor. Da die Mitgliedstaaten möglichst nahe am Kommissionsvorschlag bleiben möchten, bleibt abzuwarten, wie viele unserer Ideen die interinstitutionellen Verhandlungen überstehen.



OGAW V

UND KONSULTATION ÜBER DIE ZUKUNFT VON OGAW /

GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

OGAW V ist die jüngste Aktualisierung des EU-Rechtsrahmens für OGAW, der auf das Jahr 1985 zurückgeht. Im OGAW-V-Richtlinienvorschlag vom 3. Juli 2012 empfiehlt die Kommission strengere Vorschriften für Verwahrstellen bzgl. ihrer Pflichten sowie ihrer Haftung für Vermögensverluste. Grund hierfür waren die Mängel in den Verwahrungsvorschriften, die durch die Insolvenz von Lehman Brothers und den Madoff-Betrug bekannt wurden.

Darüber hinaus startete die Kommission am 26. Juli 2012 eine Konsultation über die Zukunft der OGAW, die sich auf Fragen wie Produktvorschriften, Liquiditätsmanagement, Verwahrstellen, Geldmarktfonds und langfristige Investitionen konzentriert. Anlass war die Sorge, dass frühere Bestimmungen die OGAW für ein sehr breites Spektrum von Investitionen und Strategien geöffnet hatten, was für den Einsatz von Derivaten oder auch die Wechselwirkung mit Schattenbanken problematisch erschien.

OGAW – Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren – sind eine beliebte Kategorie gesetzlich definierter Anlageinstrumente, die ungefähr 85 % des Vermögens aller europäischen Investmentfonds darstellen. Sie sind deshalb so beliebt, weil sie eine europäische Norm für den grenzüberschreitenden Verkauf von Anlageprodukten erfüllen und ein gewisses Maß an Verbraucherschutz bieten.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Der internationale Erfolg von OGAW zeigt, dass eine solide Regulierung der Branche gut getan hat. Die EU sollte die beliebten OGAW als „Regulierungsmarke“ schützen und dabei die Schwachstellen korrigieren, die bei der früheren Überarbeitung der OGAW-Bestimmungen eingeführt wurden.

OGAW V übernimmt Haftungsregeln für Verwahrstellen und Vergütungslimits aus dem Rechtsrahmen für Hedgefonds (AIFMD). Außerdem sollen die Sanktionsregelungen angeglichen werden, wenn die OGAW-Bestimmungen nicht erfüllt werden.

In ihrer öffentlichen Konsultation über die Zukunft der OGAW nutzte die Kommission die Gelegenheit, sich mit der sozialen Rolle der Vermögensverwaltungsbranche und ihrem Beitrag zur langfristigen Förderung der Wirtschaft eingehender auseinanderzusetzen.

Finance Watch reichte am 18. Oktober 2012 einen 18-seitigen Beitrag zur Konsultation über die Zukunft der OGAW ein, wobei sich einige Antworten auf Positionen von Finance Watch zu PRIIPs und MiFID beziehen.

Eckpunkte des Konsultationsbeitrags:

- Nur für Kleinanleger geeignete Vermögenswerte sollten für OGAW-Fonds in Betracht kommen.
- Derivate sollten nicht zulässig sein, außer sie sind standardmäßig (d.h. keine „exotischen“ Derivate) und werden an Börsen gehandelt.
- Für Praktiken in Verbindung mit „effizientem Portfoliomanagement“ (z.B. Wertpapierleih-

geschäfte) sind eine gründliche Überwachung und klare Regeln notwendig; so sollten z.B. Kreditsicherheiten nicht wieder angelegt oder weiterverpfändet werden, weil sich dadurch das Systemrisiko vergrößern und Vermögensansprüche von Kunden reduzieren könnten.

- Der Vorschlag für einen EU-Verwahrerpass könnte zu neuen grenzüberschreitenden Risiken für OGAW-Anleger führen.
- Die Rolle der Geldmarktfonds bei der Finanzierung des Bankensystems könnte im Falle eines Ansturms auf Geldmarktfonds eine Kettenreaktion auslösen.
- Geldmarktfonds könnten in kurzfristige und längerfristige Geldmarktfonds aufgeteilt werden; Investitionen in langfristige Vermögenswerte und strukturierte Finanzinstrumente sollten bei kurzfristigen Geldmarktfonds nur eingeschränkt möglich sein, während längerfristige Geldmarktfonds auch in diese Vermögenswerte investieren können, jedoch Rücknahmebeschränkungen unterliegen sollten.
- Falls die EU beschließt, eine besondere Kategorie von OGAW für langfristige Anlagen einzuführen, sollten dafür Anlagen innerhalb des normalen Spektrums der OGAW-Vermögenswerte zugelassen sein (mit Ausnahme von Rohstoffprodukten und möglicherweise Immobilien), aber mit längerfristigen Performance-Bewertungen, Liquiditätsregeln und Vergütungsstrukturen.



ZEITPLAN

- Q2 2013**
Kommission legt Strategie für Geldmarktfonds vor (Folgearbeit zur Konsultation)
- Q2 2013**
Kommission stellt eine Strategie für zulässige OGAW-Vermögenswerte vor (Folgearbeit zur Konsultation)
- 25. März 2013**
Grünbuch der Kommission über langfristige Finanzierung (Folgearbeit zur Konsultation)
- März 2013**
Beginn der interinstitutionellen Verhandlungen über OGAW V
- 21. März 2013**
ECON-Abstimmung über OGAW V-Verhandlungsposition
- 9. November 2012**
ECON veröffentlicht Berichtsentwurf über OGAW V von MdEP Sven Giegold (Grüne, Deutschland)
- 18. Oktober 2012**
Finance Watch antwortet auf Konsultation der Kommission über die Zukunft der OGAW
- 3. Juli 2012**
Gesetzgebungsvorschlag über Verwahrstellen, Vergütungspolitik und Sanktionen für OGAW (OGAW V) veröffentlicht



CRA III

/ RATINGAGENTUREN

Eine Ratingagentur (engl. Credit Rating Agency, kurz CRA) erstellt Beurteilungen über die Kreditwürdigkeit von Einrichtungen wie Unternehmen oder Regierungen sowie von Schuldinstrumenten wie Anleihen. Die größten Ratingagenturen sind Standard & Poor's, Moody's und Fitch, auf die zusammen ca. 95 % des Weltmarkts entfallen. Die zweite Überarbeitung der CRA-Verordnung (CRA III) überprüft den EU-Rechtsrahmen für Ratingagenturen.



Finance Watch spricht vor dem ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments.



ZEITPLAN

16. Januar 2013
Parlament stimmt im Plenum der interinstitutionellen Vereinbarung vom November 2012 zu

September-November 2012
Verhandlungen zwischen den EU-Organen

24. August 2012
ECON-Ausschuss im EU-Parlament nimmt Verhandlungsposition an

22. Juli 2012
Finanzminister einigen sich auf Verhandlungsposition

15. Februar 2012
ECON-Ausschuss: Berichtsentwurf von MdEP Leonardo Domenici (S&D, Italien)

24. Januar 2012
Öffentliche Anhörung im ECON-Ausschuss mit Finance Watch

15. November 2011
Kommission schlägt überarbeitete CRA III-Verordnung vor

GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Während der Finanzkrise erwiesen sich viele Ratings, die von Ratingagenturen für strukturierte Finanzprodukte abgegeben wurden, als grundlegend falsch, was katastrophale Folgen hatte. Der Financial Stability Board der G20 schlug 2010 einige Grundsätze vor, um den Rückgriff auf externe Ratings zu verringern. Daraufhin wurden weltweit Regulierungsmaßnahmen für Ratingagenturen getroffen.

Im April 2009 wurde eine EU-Verordnung über die EU-weite Registrierungs- und Aufsichtspflicht für Ratingagenturen angenommen. 2010 schlug die Kommission eine Überarbeitung (CRA II) vor, um die Aufsicht der neuen Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) zu übertragen, um den Anwendungsbereich auf Hedgefonds, die Ratings verwenden, zu erweitern, um Interessenkonflikte

zu verringern und um bei Verstößen Sanktionen verhängen zu können.

Das von den EU-Gesetzgebern im November 2012 geschnürte Paket soll:

- den Rückgriff von Fondsmanagern und Aufsichtsbehörden auf externe Ratings verringern,
- die Häufigkeit und das Timing von Meldungen zu Länderratings kontrollieren,
- Ratingagenturen bei grober Fahrlässigkeit haftbar machen,
- Überkreuzbeteiligungen bei Ratingagenturen und bewerteten Unternehmen beschränken,
- für manche Produkte eine Rotationspflicht der Ratingagenturen vorschreiben,
- Ratings auf einer europäischen Ratingplattform veröffentlichen, um die Vergleichbarkeit und Sichtbarkeit von Ratings zu verbessern.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Der Kern des Problems ist, dass sich das gesamte Finanzsystem zu sehr auf externe Ratings stützt. Dies hat insbesondere drei Ursachen: Finanzregulierungen wie Basel III und Solvency II beziehen sich ausdrücklich auf Ratingagenturen; viele Vermögensverwalter sind aufgrund interner Regeln an externe Kreditratings gebunden (z.B. eine Verpflichtung, nur „Investment-Grade-Rating“ zu kaufen), und die Finanzmärkte reagieren sehr stark auf Herauf- und Herabstufungen von Ratings (Klippeneffekt und Herdentrieb).

Finance Watch fordert das systematische

Entfernen von Hinweisen auf externe Ratingagenturen aus Finanzvorschriften und internen Regelungen von Vermögensverwaltern. Dies ist ein langfristiger Prozess, weil dazu mehrere Gesetze angepasst werden müssen.

Ferner sollte das Buchstabensystem, das von den drei großen Ratingagenturen benutzt wird, durch einfache Zahlen mit einem erläuternden Text ersetzt werden, um die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls darzustellen. Diese könnten von der ESMA mithilfe des Europäischen Ratingindex (EURIX) zentralisiert und veröffentlicht werden, nachdem ihr Durchschnitt errechnet wurde.



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

Am 24. Januar 2012 sprach Generalsekretär Thierry Philipponnat in einer Anhörung vor dem **ECON-Ausschuss** über Ratingagenturen, zusammen mit Rednern u.a. von ESMA, Fitch und der Société Générale.

Er forderte die Ablösung des derzeitigen Buchstabensystems durch einfache Zahlen, die die Ausfallwahrscheinlichkeit zum Ausdruck bringen. „Wir brauchen etwas, das insgesamt

technischer und weniger emotional ist“, sagte er.

Der erste vom ECON-Ausschuss im August 2012 angenommene Bericht enthielt eine Forderung, Ratings in Zahlen darzustellen, die die Ausfallwahrscheinlichkeit anzeigen, und eine Forderung an die ESMA, für jedes bewertete Schuldinstrument den aggregierten Ratingindex und die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit zu veröffentlichen.

Bis zur Abstimmung im Plenum im Januar 2013 wurde diese Forderung verwässert: Sie erscheint unter den Erwägungsgründen. Danach sollten Ratingagenturen „Anleger mit Daten über die Fehlerwahrscheinlichkeit von Ratings und Ratingausblicken vertraut machen, denen die bisherigen Ergebnisse zugrunde liegen, wie sie aus dem zentralen Datenspeicher der ESMA hervorgehen“.

LANGFRISTIGE FINANZIERUNG



GESETZGEBERISCHE AKTIVITÄT

Die EU-Kommission begann ihre Arbeit am Grünbuch über die langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft im Jahr 2012, kurz bevor der Europäische Rat am 29. Juni 2012 einen „Wachstums- und Beschäftigungspakt“ beschloss, bei dem ein Schwerpunkt auf die Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft gelegt wurde. Im Monat darauf wurde in Großbritannien ein Bericht über Eigenkapitalmärkte und langfristige Entscheidungen veröffentlicht, der auch Fragen über die langfristige Finanzierung in der EU aufwarf (Kay Review).

Auf internationaler Ebene baten die G20-Chefs bei ihrem Treffen im November 2012 in Mexiko den IWF, die OECD, den FSB und andere internationale Institutionen, jene Faktoren zu analysieren, die die Verfügbarkeit langfristiger Investitionsfinanzierungen beeinflussen.

Das Grünbuch der Kommission vom 25. März 2013 befasst sich u.a. mit den Möglichkeiten, langfristige Finanzierungskapazitäten zu fördern, mit der Rolle der Finanzmarktintermediäre, dem Kapitalzugang für kleine und mittlere Unternehmen und der Nutzung öffentlicher Mittel zur Förderung langfristiger Finanzierungsziele. Eine der darin empfohlenen Initiativen betrifft die Schaffung eines Rahmens für langfristige Kleinanlegerprodukte nach dem erfolgreichen OGAW-Modell; zu diesem Zweck hatte sich die Kommission Anfang 2013 informell mit verschiedenen Interessengruppen zusammengesetzt. Außerdem begann sie mit der Überprüfung der Aktionärsrechterichtlinie, deren Ergebnis noch 2013 erwartet wird. Zu beiden Initiativen veröffentlichte Finance Watch Stellungnahmen.

Die langfristige Finanzierung hat sich als Regulierungsthema etabliert. Ausgangspunkt sind die Sorgen über die zunehmend kurzfristige Ausrichtung des Handels an den globalen Finanzmärkten und ihre Folgen für die Wirtschaftsleistung und nachhaltige Entwicklung. Es verbindet Gesetzgebungsinitiativen zur Überwindung kurzfristiger Strategien, wie z.B. im Hochfrequenzhandel praktiziert, mit der Finanztransaktionssteuer, und einer nachfragebestimmten Agenda zur Finanzierung der Realwirtschaft.



STANDPUNKT VON FINANCE WATCH

Um das Problem der kurzfristigen Ausrichtung der Finanzmärkte in den Griff zu bekommen, müssen wir unser Finanzsystem überdenken und eine Reihe von Maßnahmen ergreifen.

Die Hypothese der effizienten Märkte und Fehlinterpretationen von Adam Smiths „unsichtbarer Hand“ wurden schon immer dazu genutzt, einige Irrtümer glaubhaft erscheinen zu lassen: Demnach sei „langfristig“ die Summe aus kurzfristigen Perioden und müsse jede gewinnbringende Tätigkeit einer Person auch für die Allgemeinheit gut sein; die Gesellschaft könne

ihre Risiken absichern und Regulierung sei der Feind einer effizienten Finanzwirtschaft. Dies sind nur einige wenige Beispiele.

Zu den Folgen gehören vermehrte kurzfristige Anreize für Finanzintermediäre und Praktiken, die kurzfristiges Denken fördert, wie Mark to market (engl. „marktnahe Bewertung“) und Value at Risk (engl. „Wert im Risiko“).

Ein größeres Problem ist, dass Aufsichtsbehörden und Anleger generell investieren mit Wetten verwechseln und kaum berücksichtigen, ob Geld zu produktiven Zwecken verwendet wird oder nicht.



Professor John Kay war Hauptredner bei der Konferenz von Finance Watch.



AKTIONEN VON FINANCE WATCH

„Langfristige Finanzierung“ war das Thema einer der drei internen Arbeitsgruppen beim Start von Finance Watch. 2012 veranstalteten wir zudem zwei große Workshops dazu. Während des ersten Workshops im März 2012 wurden Möglichkeiten diskutiert, wie langfristige Finanzierung mit der bestehenden Gesetzgebungsagenda der EU (FTT, MiFID, CRD, Solvency II und IORP-Überprüfung) zu verknüpfen sei, sowie nichtlegislative Initiativen, die eine Abkehr von

kurzfristigen und spekulativen Anlagen voranbringen würden.

Am zweiten Workshop nahm neben den Mitgliedern von Finance Watch auch ein Vertreter der EU-Kommission teil, um Ansichten über die langfristige Finanzierung und Möglichkeiten zur Überwindung der kurzfristigen Ausrichtung auszutauschen. Am 5. Oktober war Thierry Philipponnat einer der Hauptredner beim Stakeholder-Workshop der Kommission zum Thema langfristige Finanzierung.

Am 17. Oktober veranstaltete Finance Watch eine Konferenz in Brüssel: „Long Term Investing: What can the EU Learn from the Kay Review?“. Zu den Rednern gehörten Professor John Kay, Trelawny Williams (Fidelity), Philippe Herzog (Confrontations Europe), Jérôme Haas (ANC) und MdEP Sharon Bowles (ALDE, Großbritannien, Vorsitzende des ECON-Ausschusses). Die Zusammenfassung und ein interaktives Video wurden auf unserer Website veröffentlicht.



ZEITPLAN

Zweite Jahreshälfte 2013
Legislative Folgemaßnahmen zum Grünbuch

April-Juni 2013
Konsultationsphase Kommission

25. März 2013
Veröffentlichung des Grünbuchs der Kommission

17. Oktober 2012
Finance Watch-Konferenz „Long Term Investing: What can the EU Learn from the Kay Review?“

12. September 2012
Workshop von Finance Watch-Mitgliedern und der Kommission

23. Juli 2012
Kay Review veröffentlicht

7. März 2012
Mitglieder-Workshop

SONSTIGE INITIATIVEN

Neben seiner Arbeit zu den zuvor genannten Schwerpunktthemen hat Finance Watch in den Jahren 2011 und 2012 außerdem einige Ad-hoc-Initiativen ergriffen oder sich daran beteiligt.

28. NOVEMBER 2011 REDE VOR DEM WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS ÜBER DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT

Der Generalsekretär von Finance Watch, Thierry Philipponnat, nahm in einer öffentlichen Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur „Rolle der Zivilgesellschaft in der Finanzregulierung“ Stellung.

Die Anhörung wurde von der Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt organisiert, nachdem der EWSA beschlossen hatte, eine Initiativstellungnahme zum Thema „Wege zur Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Finanzregulierung“ zu erarbeiten.

Zu den weiteren Rednern gehörten der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, der Präsident des EWSA, Staffan Nilsson, und der MiFID-Berichtersteller, MdEP Markus Ferber (EVP, Deutschland).

Thierry Philipponnat betonte, dass die Zivilgesellschaft in die Debatte über die Finanzregulierung einbezogen werden muss und machte auf die diesbezüglichen Schwierigkeiten aufmerksam, da dafür oft sehr spezifische Fachkenntnisse notwendig sind. Er erläuterte, inwieweit die Gründung von Finance Watch zur Schließung dieser Lücke beitragen kann.

22. MÄRZ 2012 BRIEF AN US-KONGRESS

In einem offenen Brief an den US-Kongress forderte Finance Watch die USA auf, den Dodd Frank Act und die Volcker Rule nicht wieder abzuschwächen.

In diesem Brief an den Senatsausschuss für Banken, Wohnungsbau und Stadtentwicklung wies Finance Watch darauf hin, dass die Aufsichtsbehörden auf beiden Seiten des Atlantik von Lobbyisten permanent mit dem Argument konfrontiert werden, dass durch die Reformen US-Banken im internationalen Wettbewerb benachteiligt würden, und forderte den Ausschuss auf, sich diesem Druck zu widersetzen.

Weiter heißt es in dem Brief, entgegen den Behauptungen der Finanzindustrie werden regulatorische Maßnahmen, die für einen soliden Bankensektor sorgen, Wettbewerbsvorteile mit sich bringen, da Anleger und Firmenkunden mehr Vertrauen in die Finanzinstitutionen zurückgewinnen werden.

US-Senator Jeff Merkley verlas den Brief und ließ ihn in einer Ausschussanhörung vom 22. März 2012 ins Protokoll aufnehmen („International Harmonization of Wall Street Reform: Orderly Liquidation, Derivatives, and the Volcker Rule“).



26. APRIL 2012 REDE BEI EZB-KONFERENZ ZUR FINANZIELLEN INTEGRATION UND STABILITÄT

Der Generalsekretär von Finance Watch, Thierry Philipponnat, hielt eine Ansprache auf der Konferenz der Europäischen Zentralbank zur „Finanziellen Integration und Stabilität“.

Solange der Euroraum sein Finanzsystem nicht auf einem risikofreien Zinssatz aufbaut und zulässt, dass dieses System auf Moral Hazard (leichtfertigem Verhalten) basiert, bleiben alle Voraussetzungen für die nächste Finanzkrise oder eine Desintegration der Finanzmärkte erhalten, sagte er.

Er diskutierte den Übertragungsmechanismus zwischen makroökonomischen Ungleichgewichten und Finanzmärkten im Euroraum, die Auswirkungen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte der EZB auf die Beziehung zwischen Banken und Staaten und die Folgen extrem unterschiedlicher Zinssätze und grenzüberschreitender Kreditvergabe.

Zu den weiteren Rednern der Konferenz gehörten EZB-Präsident Mario Draghi, Kommissar Michel Barnier und Peter Sutherland, CEO von Goldman Sachs International.

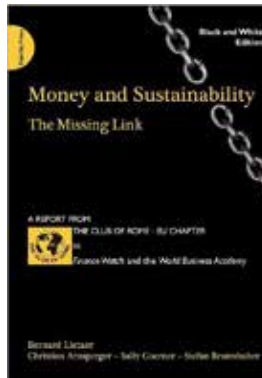
30. MAI 2012 CLUB OF ROME STELLT FINANCE WATCH SEIN BUCH „MONEY AND SUSTAINABILITY“ VOR

Am 30. Mai 2012 stellte der Club of Rome Finance Watch und der World Business Academy auf einer Veranstaltung des Clubs in Brüssel seine neue Veröffentlichung „Money and Sustainability – the Missing Link“ vor.

Der Club of Rome schockierte die Welt vor vierzig Jahren mit seinem Buch „Die Grenzen des Wachstums“, das die unangenehme, aber zunehmend verbreitete Auffassung vertrat, dass eine ressourcenbasierte Wirtschaft nicht endlos wachsen kann.

Mit „Money and Sustainability“ nimmt sich der Club of Rome erneut eines schwierigen Themas an, und spricht sich darin für Parallelwährungen und konkurrierende Tauschmittel als Instrumente monetärer und wirtschaftlicher Stabilität aus.

Einer der Autoren, Bernard Lietaer, stellte das Buch auf der Mitgliederversammlung von Finance Watch am 19./20. November 2012 vor.



“ Wir sind der Meinung, dass Finance Watch über den Finanzbereich hinauswirkend ein wichtiges Instrument für den Erhalt der Demokratie ist. ”

Matthieu Calame, Fondation Léopold Mayer pour le Progrès de l'Homme



24. SEPTEMBER 2012 OFFENER BRIEF ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN VON WTO-REGELN AUF DIE FINANZREGULIERUNG

Finance Watch war Mitunterzeichner eines offenen Briefs an den EU-Kommissar für Handel, Karel De Gucht, bei dem es um die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) ging. Dieser Brief wurde gemeinsam mit vier anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen verfasst, BEUC, SOMO, EuroFinuse und die Financial Services User Group.

In dem Schreiben wird auf die Gefährdung oder drohende Aufweichung der EU-Finanzregulierung hingewiesen, die von dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) der WTO ausgeht.

Das GATS verbietet z.B. üblicherweise empfohlene aufsichtsrechtliche Maßnahmen wie Verbote für riskante Finanzdienstleistungen, Beschränkungen der Größe von Banken, „Brandmauern“ zwischen Bank- und Investmentdienstleistungen und Kapitalkontrollen sowie andere Mechanismen für Kapitalmanagement.

Die Kommission wird aufgefordert, bei einer der nächsten Sitzungen des WTO-Ausschusses für den Handel mit Finanzdienstleistungen tätig zu werden.

Zu folgenden Themen wurden ebenfalls kleinere Arbeiten durchgeführt:

- European Market Infrastructure Regulation (EMIR)
- Grünbuch zum Europäischen Corporate Governance-Rahmen und Überarbeitung der Aktionärsrechterichtlinie
- Überarbeitung des Handelsbuchs
- Finanztransaktionssteuer
- Jahresbericht der EIB
- Internationale Handelsverhandlungen (WTO-Vorschriften für Finanzregulierung, EU-US Konvergenzanstrengungen, ordnungspolitische Dialoge)



Finance Watch

Für eine Finanzindustrie,
die der Gesellschaft dient

TÄTIGKEITS- BERICHT



TÄTIGKEITSBERICHT

- S. 40 Finanzbericht
- S. 42 Public Affairs
- S. 43 Veranstaltungen
- S. 44 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- S. 46 Publikationen
- S. 48 Ziele für 2013
- S. 49 Glossar und Abkürzungen



FINANZBERICHT

Einnahmen und Ausgaben Juni 2011 – Dezember 2012

EINNAHMEN

(in Euro)	
Mitgliedsbeiträge	57.233
Spenden	1.020.783
Maecenata Stiftung	255.400
Adessium Foundation	566.666
Novethic	50.000
Fondation pour le Progrès de l'Homme	60.000
Online-Spenden	26.577
Private Spenden (Überweisung)	62.140
EU-Fördermittel	881.566
Forschungsprojekte aus Drittmittelförderung	7.500
Hans-Böckler-Stiftung	7.500
Zinseinnahmen	3.677
Gesamt	1.970.759

Finance Watch wurde im Juni 2011 gegründet. Der vorliegende erste Jahresbericht umfasst die ersten anderthalb Jahre der Organisation seit ihrer Gründung am 30. Juni 2011 bis Ende 2012. Für das Jahr 2012 erhielt Finance Watch Fördermittel der Europäischen Union für ein Pilotprojekt, die einen wesentlichen Teil der Einnahmen ausmachten. In den nächsten Jahren soll die Finanzierungsstruktur durch regelmäßige Zuwendungen durch Stiftungen, Organisationen und private Spender nachhaltiger werden.

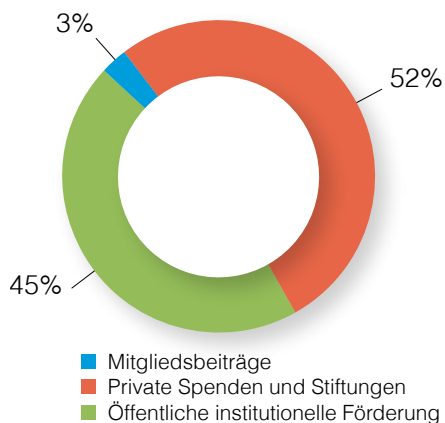
Banken und andere Finanzdienstleister geben jedes Jahr Hunderte Millionen Euro für Lobbying in Brüssel aus, wobei es in Washington und London weitaus größere Summen sind. Es ist kein Wunder, dass manche Regulierungsmaßnahmen der Finanzmärkte eher der Finanzindustrie als der Gesellschaft dienen. Indem Sie sich mit einem Beitrag an der Finanzierung unserer Arbeit beteiligen, können Sie uns helfen, damit wir als unabhängige Organisation weiterarbeiten und etwas bewirken können.

Vielen Dank!

Finance Watch ist sehr dankbar für die Zuwendungen, die es in den Jahren 2011 und 2012 von einzelnen Spendern, Stiftungen und im Rahmen einer Pilotprojektfinanzierung von der Europäischen Union erhalten hat.

Wir bedanken uns außerdem bei unseren Mitgliedern für die anhaltende Unterstützung.

EINNAHMEN 2011-2012

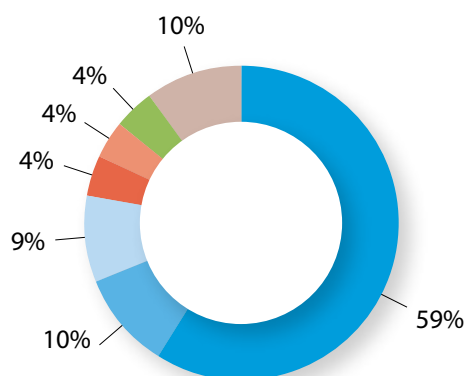


AUSGABEN

(in Euro)	
Miete und Nebenkosten	169.329
Informationsdienstleistungen	28.570
Beratung und externe Dienstleistungen	51.857
Kommunikation	182.808
Sitzungen, Veranstaltungen, Seminare	76.661
Forschungsarbeiten	69.664
Fahrt- und Reisekosten	85.579
Gehälter und Sozialbeiträge	1.092.957
Sonstige Personalkosten	38.666
Investitionen und Abschreibungen	30.164
Finanzdienstleistungen	7.356
Gesamt	1.833.611

Das größte Qualitätsmerkmal von Finance Watch ist, dass seine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Expertenanalysen erstellen können. Der größte Ausgabenposten sind daher die Personalkosten. In den ersten eineinhalb Jahren – bis Ende 2012 – erweiterte Finance Watch sein Team auf 13 Mitglieder.

AUSGABEN 2011-2012



- Gehälter und Sozialbeiträge
- Kommunikationskosten
- Raumkosten
- Fahrt- und Reisekosten
- Organisation von Seminaren und Konferenzen
- Externe Experten
- Sonstige Ausgaben

PUBLIC AFFAIRS

“ Finance Watch sorgt dafür, dass die Debatte über ordnungspolitische Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte fundiert und ausgewogen ist. ”

Trelawny Williams, Global Head of Corporate Finance, Fidelity International

Stand: 31. Dezember 2012	Europäisches Parlament und nationale Parlamente	Vertreter der Mitgliedstaaten in Brüssel	Vertreter der Europäischen Kommission	Branchentreffen ("auf Einladung")	Gesamt
Finanzmärkte (MiFID II/MAD, OGAW, LTF, Schattenbanken)	35	16	6	29	86
Bankwesen (CRD IV, Aufsicht, Bankenstruktur)	22	9	6	6	43
Kleinanleger (PRIIPs)	9	2	2	1	14
Gesamt	66	27	14	36	143

Anmerkung: Diese Tabelle umfasst geplante formelle Treffen des Public Affairs-Teams in den Jahren 2011/2012. Informelle Gespräche, Ad-hoc-Treffen und bilaterale Treffen zwischen Experten von Finance Watch oder dem Generalsekretär und nationalen Attachés, der Europäischen Kommission, Europaabgeordneten und ihren Assistenten sowie der Finanzindustrie sind darin nicht erfasst.

“ Finance Watch ist genau das, was Europa schon seit Langem braucht – eine unabhängige, umsichtige und mutige Einrichtung, deren Aktivitäten die notwendigen Schritte aufzeigen, um ein Finanzsystem zu schaffen, das nicht nur stabil ist, sondern tatsächlich dem allgemeineren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interesse dient. ”

Martin Wolf, Leitender Wirtschaftsredakteur, Financial Times



VERANSTALTUNGEN

2011/2012 ORGANISIERTE FINANCE WATCH FÜNF EXTERNE VERANSTALTUNGEN

Bei diesen Veranstaltungen zu verschiedenen finanzpolitischen Themen handelte es sich in drei Fällen um Konferenzen mit hochrangigen und einflussreichen Rednern und Podiumsgästen, an denen Experten, Journalisten, politische Entscheidungsträger, Vertreter der Zivilgesellschaft und der Finanzindustrie teilnahmen.

Daneben wurden zwei Ad-hoc-Veranstaltungen im Europäischen Parlament organisiert: am 18. September 2012 zum Thema Verbraucherschutz und am 11. Oktober 2012 zum Thema Hochfrequenzhandel.

Sämtliche Konferenzmaterialien, einschließlich schriftlicher Zusammenfassungen und interaktiver Videos, befinden sich auf der Website von Finance Watch.

“FINANCE AND SOCIETY 2012 - ADDRESSING THE FRAGILITY AND EFFECTIVENESS OF THE FINANCIAL SYSTEM” 27. März 2012

Ca. 180 Teilnehmer und folgende Redner:

Michel Barnier

EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen (GD MARKT)

Martin Wolf

Leitender Wirtschaftskommentator und Mitherausgeber der Financial Times, Mitglied der Independent Commission on Banking

Gerald Epstein

Professor der Wirtschaftswissenschaften und stellv. Direktor, Political Economy Research Institute, University of Massachusetts

Frédéric Oudéa

CEO der Société Générale

Andrea Enria

Vorsitzender der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde

Anat Admati

Professor of Finance and Economics, Stanford Graduate School of Business

Jacques de Larosière

Leiter des Strategieausschusses der Agence France Trésor, Vorsitzender von Eurofi und ehem. geschäftsführender Direktor IWF

Gernot Mittendorfer

Chief Risk Officer Erste Group und ehem. CEO von Česká Sportelna

Martin Hellwig

Direktor, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern

James Ferguson

Chefstrategie, Westhouse Securities

Charles Haswell

Global Head, Financial Sector Policy, HSBC

Mario Nava

Referatsleiter Banken und Finanzkonglomerate, GD MARKT, Europäische Kommission

Ed Kane

Dozent für Finanzwissenschaft am Boston College

Paul Sharma

Financial Services Authority (britische Finanzmarktaufsichtsbehörde), Director Prudential Business Unit, Policy Division

Dennis Kelleher

CEO, Better Markets

Guido Ravoet

Generalsekretär, Europäischer Bankenverband (EBV)

Peter Thal Larsen

Assistant Editor of Reuters Breakingviews (Moderator)

John Rega

Leitender Korrespondent, MLex FS (Moderator)

Nikki Tait

Lex-Kolumnist und ehemaliger Brüssel-Korrespondent, Financial Times (Moderator)

Michael Robinson

BBC (Moderator)

“FINANCIAL MARKETS: SERVING THE REAL ECONOMY?” WITH A FOCUS ON MIFID-RELATED ISSUES 10. Oktober 2012

Ca. 130 Teilnehmer und folgende Redner:

Nadia Calviño

Stellvertretende Generaldirektorin für Finanzdienstleistungen, GD MARKT, Europäische Kommission

MdEP Markus Ferber

(EVP, Deutschland), Berichterstatter „MiFID II“

Maria-Teresa Fabregas

Referatsleiterin Wertpapiermärkte, Europäische Kommission

Judith Hardt

Generalsekretärin, FESE

Mike Masters

Gründer, Masters Capital Management; Gründer, Better Markets

David Bicchetti

Wirtschaftswissenschaftler, Division on Globalization and Development Strategies, UNCTAD

Frédéric Baule

Experte für Produkte- und Derivatehandel, Risk Management Services, Mineralölindustrie

Thierry Francq

Generalsekretär, AMF

Mark Hemsley

CEO, BATS Chi-X Europe

Joe Saluzzi

Mitgründer und stellv. Leiter Equity Trading, Themis Trading LLC

Ryan Chidley

Senior Equity Trader, APG Asset

Tim Rowe

Leiter Handelsplattformen und Settlement Policy, FSA

Remco Lenterman

Vorsitzender, FIA-EPTA

Laurent Degabriel

Abteilungsleiter, Investment and Reporting, ESMA

Pauline Skypala

Deputy Markets Editor, Financial Times (Moderatorin)

Benoît Lallemand

Senior Policy Analyst, Finance Watch (Moderator)

“LONG TERM INVESTING: WHAT CAN THE EU LEARN FROM THE KAY REVIEW?” 17. Oktober 2012

Ca. 60 Teilnehmer und folgende Redner:

Professor John Kay

MdEP Sharon Bowles (ALDE, UK) – Vorsitzende des ECON-Ausschusses

Trelawny Williams

Global Head of Corporate Finance, Fidelity International

Philippe Herzog

Präsident, Confrontations Europe

Jérôme Haas

Vorsitzender der frz. Autorité des Normes Comptables, ANC

Thierry Philippinon

Generalsekretär Finance Watch (Moderator)



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Kommunikation

Für 2011/2012 hatte sich Finance Watch zum Ziel gesetzt, sich als Expertenstimme und Bürgeranwalt in den Debatten zur Finanzreform zu etablieren und eine Gemeinschaft von Freunden und Unterstützern in der breiten Bevölkerung zu formieren. Die positiven Reaktionen in der Presse und Öffentlichkeit zeigen, dass ein großer Bedarf an einer „Stimme des Gemeinwohls“ in den Debatten zur Finanzregulierung bestand und noch immer besteht.

In Zahlen

- 37 Pressemitteilungen** (2012: 23, 2011: 14)
- 170 Interviews** (2012: 120, 2011: 50)
- 370 Artikel, TV-/Radio-Beiträge** (2012: 300, 2011: 70)
- 2.300 Twitter-Follower** (Ende 2012)
- 3.000 Facebook Likes** (Ende 2012)
- 6.090 Freunde** (Ende 2012)

In den Medien

Seit seiner Gründung im Juni 2011 ist über Finance Watch ausführlich berichtet worden, in Zeitungen, Zeitschriften, online sowie in Radio- und TV-Programmen europaweit. Rund 170 Interviews wurden gegeben, insgesamt 370 Artikel und TV-/Radiobeiträge über oder mit Finance Watch sind entstanden, insbesondere in französischen, deutschen, britischen und Brüsseler Medien. Insgesamt 37 Pressemitteilungen wurden versandt, meistens in drei Sprachen. Während im Jahr 2011 noch v.a. über die Gründung von Finance Watch, seine Mitarbeiter und Ziele berichtet wurde, lag der Schwerpunkt 2012 zunehmend auf Analysen und Einschätzungen von Finance Watch zu diversen Themen (z.B. Ratingagenturen, Benchmarks, MiFID und Hochfrequenzhandel).

FINANCIAL TIMES

The Big Picture
Last updated: December 3, 2012, 6:06 am
Decision on inducement ban sparks criticism
By Felix Kubler
Politics. There's no doubt that what is behind the European parliamentarians' recent refusal to agree to an outright ban on the provision of commissions to banks and advisers who peddle investment products, say critics. Europe's consumer advocates are appalled about the lobbying that went on in the run-up to last month's vote in Brussels on the Markets in Financial Instruments Directive (MiFID II). On the one hand, they accuse German banks of "poisoning" politicians to back policies that will not disrupt the profits their high-margin asset management businesses generate. "It's a real shame that the inducement ban is not being implemented, but it's not the intention of the Commission," insists Adam McQuay, a UK Labour MEP. Under the proposal agreed by the European parliament, only advisers who decline themselves "independent" will be forbidden from accepting commissions. This means inducements are set to be permissible as banks and wealth managers in most European countries. As a result, members of parliament will have trouble determining whether the arrangements they are being pushed to buy bonds will increase their own wealth. "The pros here is that we might not have a lot of phony fields," says Rosalind Liffman, senior research analyst with Equinix.Kaplan, a public interest group focused on financial regulation, which has been monitoring the details of a full ban on inducements. MiFID II calls for improvements to be made to transparency across Europe and further disclosure of the commissions received for the sale of various products. But then too, only the UK and the Netherlands - the two countries willing to bring together states with their own legislation - will likely benefit being provided for sales of most investment products. The decision does strengthen weaker proposals approved earlier in the month by the Parliament's Economic and Monetary Affairs committee and more closely resembles draft regulations published by the European Commission at the beginning of the year. Still, a number of industry watchers view the action in Brussels with scepticism. "Why do they only target independent financial advisers? Why do they not also target the members of the European Fund and Asset Management Association, who was among those displaced by the verdict," questions Gertjan Poulis, managing director of the European Federation of Financial Analysts Societies. "It's not good advice in many European countries as a result of the inducement ban," says a former adviser to the UK's Financial Conduct Authority. "It will create an unfair system where wealthy individuals are protected from the inducement ban, while the rest of the market is not."

TOP 10 MEDIA 2012 (Anzahl der Artikel)

Financial Times	21
Europolitics	10
La Tribune	10
Le Monde	10
Les Echos	7
L'Express	7
Bloomberg	6
L'Agefi	6
The Trade	6
France Info	4

DER SPIEGEL



Der Gutbanker

Erstens: wer die Finanzbehörden in Brüssel mit Gegenmaßnahmen, die vom Europäischen Parlament beschlossen, soll es die Verbraucher - mit einem Geldspiel in der Spitze. N... (The text is partially obscured and difficult to read in detail.)

Rue89

Finance Watch, ONG en première ligne face aux lobbys financiers
Une initiative européenne... (The text is partially obscured.)

DIE ZEIT

ZEIT ONLINE POLITIK

EUROPAPOLITIK

Banker gegen Banker

interliegen zu oft dem Einfluss der Gruppe ehemaliger Finanz...

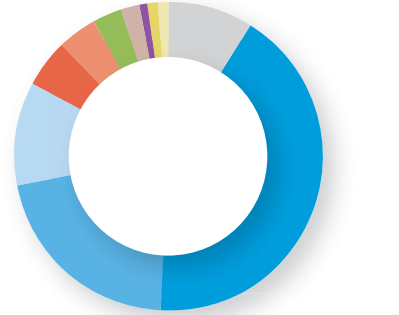


Group launched to parry EU banking lobby

By Nikki Tat in Brussels

Efforts by European Union policymakers to counterbalance lobbying by the finance sector led to a campaign group being set up on Thursday, backed by about 40 consumer groups, unions and non-governmental organisations. Finance Watch, formally launched in Brussels, said it aims to improve reforms to financial regulation. It will be managed by Thierry Philippot, 49, a former bond trader and head of equity derivatives at Euroclear Life. The plan is to recruit about one dozen staff in the coming months. European lawmakers have complained about being swamped by industry lobbyists as they try to consider the overhaul of reforms that Brussels is proposing to make its financial system more secure. Last year, MEPs pleaded publicly for countervailing voices that could represent the views of interested parties such as customers and ordinary citizens. Some estimates suggest that the financial sector may employ as many as 700 lobbyists in Brussels, although this is difficult to confirm. Backers of Finance Watch include Besse, the European consumers' group; the European Federation of Investors; the Centre for Banking, Finance and Sustainable Development at the University of Southampton; the Nordic Financial Unions; and various NGOs from Oxfam to Friends of the Earth. Mr. Philippot said key issues for the organisation include legislation on stricter capital rules and regulation of failing banks in Europe, as well as the proposed overhaul of the bloc's securities markets. But banks are already pointing fingers at Finance Watch's likely funding. Mr. Philippot said they would need about €2m (\$2.9m) in yearly budget, which will come from members, foundations and the public. About half of this could come from the European Commission itself, he added.

MEDIENBERICHTERSTATTUNG NACH LÄNDERN (2012)



“ Ich unterstütze Finance Watch für das Grundkonzept, das dahinter steckt: Experten aus der Bankenwelt (denen man nicht so leicht etwas vormachen kann) haben sich dazu aufgemacht, die Gesetzgeber wieder zur Vernunft zu bringen. ”

Frédéric Rech, Freund von Finance Watch

Social Media

Ab Mitte 2012 hat Finance Watch nach und nach seine Social Media-Präsenz erweitert und über Twitter und Facebook gezielte Kampagnen gestartet. So wurden speziell für die Follower und Freunde Inhalte neu aufbereitet, z.B. in Form von Cartoons, Infografiken und Animationsfilmen, und Diskussionen angeregt. Bis zum Jahresende wuchs die Twitter-Gemeinde auf fast 2.000 Follower und die Facebook-Gemeinde auf fast 3.000 Personen. Auch die Videos von Finance Watch wurden über einen neu eingerichteten Youtube-Kanal fast 10.000 Mal aufgerufen.

Die Zahl der „Freunde von Finance Watch“, die den Newsletter von Finance Watch abonniert haben, wuchs auf über 6.000 Ende 2012 (2011 waren es noch rund 4.000). Die Newsletter wurden vierteljährlich in Englisch, Französisch und Deutsch versendet und enthalten Informationen zu den neuesten Publikationen, Aktionen, Stellungnahmen etc. von Finance Watch, aber auch Umfragen und jede Menge Unterhaltsames.

Website

Die Website von Finance Watch (www.finance-watch.org), auf der sich die Organisation vorstellt, umfasst eine Fülle von Inhalten zum Nachschlagen. Sie bietet fachliche Berichte und Analysen für politische Entscheidungsträger und dient als Informationsquelle für Mitglieder von Finance Watch und andere zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für Finanzreformen engagieren.

Daneben erfährt die breite Öffentlichkeit mehr über die Finanzreform-Agenda in Europa und den Auftrag von Finance Watch. Erläuterndes Material wird fast immer in drei Sprachen (Englisch, Französisch und Deutsch) in unterschiedlichen Formaten wie Blogs, Videos und Cartoons zur Verfügung gestellt. Anfang 2013 gab es einen Relaunch der Website.



PUBLIKATIONEN



In den Jahren 2011 und 2012 nahm Finance Watch 25 Mal öffentlich Stellung mit fachlichen Analysen, dazu gehören elf Positionspapiere und Konsultationsbeiträge, zehn Anhörungen und Reden sowie vier offene Briefe. Die Themen sind zumeist in Klammern angegeben.

11. Juli 2011

Positionspapier (Leerverkäufe)

12. Oktober 2011

ECON-Anhörung (CRD IV)

19. Oktober 2011

Offener Brief zum Thema überwachter Schuldenabbau (CRD IV)

28. November 2011

EWSA-Anhörung zu Zivilgesellschaft und Finanzregulierung

5. Dezember 2011

ECON-Anhörung (MiFID II)

16. Januar 2012

Fragebogens des EU-Parlaments (MiFID II)

24. Januar 2012

ECON-Anhörung (CRA 3)

2. Februar 2012

Positionspapier „To end all crises?“ (CRD IV)

22. März 2012

Offener Brief an das Banking Committee des US-Senats wurde ins Protokoll aufgenommen

29. März 2012

Anhörung vor der Hochrangigen Expertengruppe (Liikanen/Bankenstruktur)

24. April 2012

Positionspapier „Investing not betting“ (MiFID II)

26. April 2012

Rede auf der EZB-Konferenz „Financial Integration“

29. Mai 2012

Anhörung im House of Lords, Großbritannien (MiFID II)

1. Juni 2012

Antwort auf die Konsultation der Hochrangigen Expertengruppe (Liikanen/Bankenstruktur)

19. Juni 2012

Antwort auf die Konsultation der Kommission (Schattenbanken)

19. September 2012

Fragebogen des EU-Parlaments (Benchmarks)

24. September 2012

ECON-Anhörung (Benchmarks)

27. September 2012

Offener Brief über WTO-Regeln und Finanzregulierung

9. Oktober 2012

Anhörung vor dem französischen Finanzausschuss (Bankenunion)

19. Oktober 2012

Antwort auf die Konsultation der Kommission (OGAW VI)

24. Oktober 2012

Vortrag bei der GD MARKT zum Thema „Bank structures and banking union“ (Bankenunion und Liikanen/Bankenstruktur)

31. Oktober 2012

Positionspapier „Towards suitable investment decisions“ (PRIPs)

14. November 2012

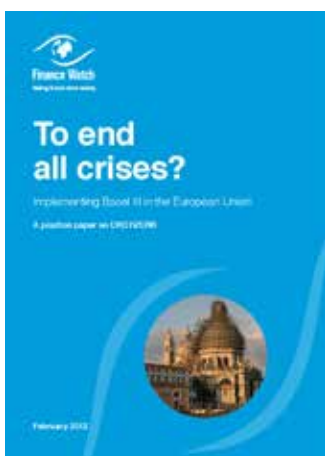
Antwort auf die Konsultation der Kommission (Liikanen/Bankenstruktur)

4. Dezember 2012

Antwort auf die Konsultation der Kommission (Benchmarks)

12. Dezember 2012

Offener Brief über Bankenreformen in Frankreich (Liikanen/Bankenstruktur)



Ein wesentlicher Teil der Kommunikationsarbeit von Finance Watch besteht darin, den Inhalt unserer technischen Analysen der Öffentlichkeit leichter zugänglich zu machen, wozu wir unterschiedliche Formate einsetzen, wie zum Beispiel leicht verständliche Zusammenfassungen, Postkarten, Blogs, Webinars und Cartoons.

Webinare

Im Dezember 2012 startete Finance Watch eine Serie von Online-Seminaren für Freunde und Mitglieder, um komplexe Finanzthemen leicht verständlich und interaktiv zu erklären. Das erste Webinar fand im Dezember zum Thema Hochfrequenzhandel statt. Das Online-Format beinhaltet eine 15-minütige Live-Präsentation durch einen Experten von Finance Watch, bei der Infografiken gezeigt werden, sowie eine 45-minütige Frage- und Antwortrunde. Eine Aufzeichnung des Webinars wird auf die Website hochgeladen und über Social Media Kanäle verbreitet. 2013 werden weitere Webinars folgen.



Postkarten

- Postkarte zu Verkaufsanreizen (MiFID II)
- Postkarte zum Kleinanlegerschutz (PRIIPs)



Blog-Artikel

- Hochfrequenzhandel
- Rohstoffderivate



Cartoons

- Cartoon über Eigenkapitalanforderungen (CRD IV)
- Animationsfilm zur Nahrungsmittelspekulation (MiFID II)



Leicht verständliche Zusammenfassungen



ZIELE FÜR 2013

Für 2013 haben wir uns gemeinsam mit unseren Mitgliedern vorgenommen, den Fokus auf folgende wichtige europäische Gesetzgebungsinitiativen zur Finanz- und Bankenregulierung zu legen:

- Finance Watch wird sich weiter für Bankenstrukturreformen und dabei insbesondere für eine Trennung der verschiedenen Bankenaktivitäten einsetzen. Denn wir sind davon überzeugt, dass nur so der Finanzsektor langfristig krisenresistenter und stabiler werden kann und Banken wieder in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Auf europäischer Ebene rechnen wir mit einem Vorschlag der Kommission zu einem Trennbankensystem, mit dem wir uns dann ausführlich beschäftigen werden.
- Des Weiteren werden wir uns intensiv mit dem Thema langfristige Finanzierung auseinandersetzen: Es geht darum, geeignete Anreize zu schaffen, damit unser derzeitiges, auf kurzfristige Erfolge ausgerichtetes Finanzsystem sich wandelt hin zu mehr langfristigem Denken. Auf europäischer Ebene wird das Grünbuch der Kommission zu diesem Thema wichtig sein.
- Die 2012 begonnene Arbeit zu den Themen MiFID (Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente), CRD IV (Eigenkapitalrichtlinie) und PRIIPs (Anlageprodukte für Kleinanleger) werden wir fortsetzen.

Generell strebt Finance Watch an, als wichtige Stimme in Fragen der Finanz- und Bankenregulierung wahrgenommen zu werden. Vor allem politische Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene erhalten daher von Finance Watch präzises Fachwissen über die zur Debatte stehenden Gesetzgebungsthemen.

Außerdem ist es für Finance Watch wichtig, sich verstärkt an die allgemeine Öffentlichkeit zu wenden und verständlich aufbereitete Informationen anzubieten, z.B. in Form von Webinaren, Infografiken oder Comics. Unser Ziel ist, unsere Analysen und Erkenntnisse einer breiteren Allgemeinheit zu vermitteln. Finance Watch wird daher den Kreis seiner Freunde, Follower und Spender erweitern müssen. Das ist die größte Herausforderung, um die Kontinuität und den Erfolg unseres Wirkens in der kommenden Zeit sicherzustellen.

“ Lobbying muss ausgewogen sein, um zu einem demokratischen Ergebnis zu führen. [Finance Watch] spielt jetzt eine wichtige Rolle dabei, die Finanzindustrie in den Dienst der Realwirtschaft und der Gesamtgesellschaft zu stellen. ”

Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen



GLOSSAR UND ABKÜRZUNGEN

AFM

Niederländische Finanzmarktregulierungsbehörde (Autoriteit Financiële Markten)

AIFMD

Richtlinie über Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Managers Directive)

ALDE

Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, politische Fraktion im Europäischen Parlament

AMF

Französische Finanzmarktaufsicht (Autorité des marchés financiers)

ANC

Für Rechnungslegungsstandards zuständige Behörde in Frankreich (Autorité des Normes Comptables)

CFTC

Aufsichtsbehörde, reguliert Derivatehandel in den USA (Commodity Futures Trading Commission)

CRD IV

Eigenkapitalrichtlinie; Gesetzespaket zur stärkeren Regulierung des Bankensektors (Capital Requirements Directive)

EBA

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)

EZB

Europäische Zentralbank

ECON

Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments (Committee on Economic and Monetary Affairs)

EIOPA

Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority)

EMIR

EU-Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (European Market Infrastructure Regulation)

ESMA

Europäische Aufsichtsbehörde für Wertpapiere und Märkte (European Securities and Markets Authority)

ETF

Börsengehandelter Fonds (Exchange Traded Fund)

EURIBOR

Referenzzinssatz im Interbankengeschäft auf dem Euro-Geldmarkt (Euro Interbank Offered Rate)

EVP

Europäische Volkspartei, Fraktion im Europäischen Parlament

FSB

Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board)

FTT

Finanztransaktionssteuer (Financial Transactions Tax)

Grüne

Die Grünen/Europäische Freie Allianz, Fraktion im EU-Parlament

IORP II

Überarbeitung der Richtlinie über Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Institutions for Occupational Retirement Provision)

IRB

Auf internen Ratings basierender Ansatz der Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken (Internal Ratings-Based)

IWF

Internationaler Währungsfonds

LIBOR

Referenzzinssatz im Interbankengeschäft auf dem Londoner Geldmarkt (London InterBank Offered Rate)

LTF

Langfristige Finanzierung (Long-term Financing)

MAD

EU-Richtlinie über Insider-Geschäfte und Marktmanipulationen, Marktmissbrauch (Market Abuse Directive)

MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments

MiFID II

Überarbeitung der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets in Financial Instruments Directive)

OECD

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Cooperation and Development)

OGAW

Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, eine Reihe von EU-Richtlinien über gemeinsame Anlagesysteme

PRIPs

Anlageprodukte für Kleinanleger (Packaged Retail Investment Products)

Prozyklisch

Maßnahmen, die verstärkend auf die Wirtschaftslage wirken (z.B. Sparen bei einem Abschwung)

S&D

Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (Progressive Alliance of Socialists & Democrats)

Solvency II

EU-Richtlinie zur Kodifizierung und Harmonisierung der Regelungen im Bereich der EU-Versicherungsaufsicht

Standardansatz

Verpflichtung für Banken zur Nutzung der Ratings externer Ratingagenturen zur Bemessung der für Kreditrisiken nötigen Eigenmittel

TIBOR

Referenzzinssatz im Interbankengeschäft auf dem Tokioter Geldmarkt (Tokyo InterBank Offered Rate)

Trilogie

Informelle Treffen zwischen den drei wichtigsten EU-Organen (Kommission, Parlament und Rat), oft in den letzten Phasen des Gesetzgebungsverfahrens

Weiterverpfändung

Banken oder Broker bedienen sich der Sicherheiten von Kunden zur Deckung anderer Handels- und Anleihegeschäfte



Finance Watch

Für eine Finanzindustrie,
die der Gesellschaft dient

Square de Meeûs 38/40

1000 Brüssel

Belgien

Tel: + 32 (0)2 401 87 07

contact@finance-watch.org

www.finance-watch.org